

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,25 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühren
Beträgt für die 3 gespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion und Expedition Berlin SW., Zimmerstraße 44.

Wohlstand, Bildung und Verbrechen.

Unter der Rubrik „Soziales und Arbeiterbewegung“ befindet sich in der gestrigen Nummer eine Notiz „Bildung und Verbrechen“, in welcher nachgewiesen wird, daß das Verbrechen des Nordes Hand in Hand geht mit der geringen Bildung des Volkes. Wo es die meisten Analphabeten giebt, da giebt es auch die meisten Morde.

Daß die Bildung eine der größten Gegnerinnen der Verbrechen ist, dies kann man unbedenklich als Wahrheit annehmen, daß aber mit der Bildung auch ein gewisser Wohlstand verbunden sein muß, um die Verbrechen zu verhindern, darf nicht aus dem Auge gelassen werden.

So werden die meisten Eigentumsverbrechen das erste Mal aus Noth begangen. Erst nach und nach treten Verbrechen und Gewohnheit an Stelle der Noth.

In der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs zu Anfang der siebziger Jahre war die Zahl der Diebstähle eine verhältnismäßig äußerst geringe; sie betrug nicht ganz 60000, der vor dem Jahre 1870 im Durchschnitt stattgehabten Fälle. Nachdem aber die Krisis eingetreten war, nahmen sich die Verbrechen gegen das Eigentum in kaumwärtiger Weise.

Diebstahl und Betrug, Unterschlagung und allerlei Verbrechen standen auf der Tagesordnung. Allerdings trug in diesem Rückschlag das größere Wohlleben, welches sich in den Kreisen der Bevölkerung während der Gründerzeit angedeutet hatten, einen Theil der Schuld; man sollte wieder anstrengen zu entbehren und um dem zu entgehen, verfiel mancher dem Verbrechen.

Doch in der Hauptsache war es die plötzlich eingetretene Noth, die besonders zum Diebstahl verleitete. Uns sind viele bekannt geworden aus jener Zeit, wo durchaus ehrenwerte Arbeiter, um ihrer Kinder Hunger zu stillen, sich zum Diebstahl verleiten ließen. Uns sind Fälle bekannt, die beweisen, daß es keine Phrase ist, daß die Mutter für ihre hungernden Kinder Brot stiehlt.

So ergibt sich, daß ein gewisser Wohlstand einen großen Theil der Verbrechen verhindern würde.

Von diesem Standpunkt aus sind bis jetzt die sozial-reformatorischen Vorschläge noch nicht genug gewürdigt worden. Käme ein wirkames Arbeiterschutzgesetz zu Stande, würde die Arbeiterklasse durch Einführung eines Maximalarbeitstags, eines Minimallohnes u. s. w. zu einer gewissen und vor allen Dingen zu einer stabileren Lebenshaltung gelangen, so würden Gefängnisse und Zuchthäuser, Arbeitshäuser und Landarmenanstalten sich entleeren und es würde dadurch dem Staate und der Gesellschaft eine große moralische und pekuniäre Last abgenommen werden.

Daß aber auch mit der Wohlhabenheit eines Volkes die Bildung desselben steigt, liegt auf der Hand. Die Bildungsmittel sind für den Einzelnen dann leichter zu schaffen, weil eine gewisse Ruhe und Zufriedenheit notwendig sind, um die Bildung zu fördern.

Die Bildung aber ist, wie oben angedeutet, neben dem Wohlstand, die größte Gegnerin der Verbrechen, so besonders der Verbrechen gegen Gesundheit und Leben der Mitmenschen. Die Bildung verhindert die rohen Schlägereien, die Verwundungen mit dem Messer oder dem Knüttel, sie verhindert den Todtschlag, aber auch alle diejenigen Verbrechen, welche aus thierischen Leidenschaften entspringen.

Wir sehen also, daß zur Verminderung der Verbrechen Wohlstand und Bildung Hand in Hand gehen müssen. Da es nun für die Masse des Volkes unmöglich ist, unter den gegenwärtigen Zuständen sich die nötige Bildung zu verschaffen, so müssen diese Zustände durch gesetzliche, soziale Reformen insoweit eine Änderung erfahren, daß die Lebenshaltung des Volkes gehoben, daß ein gewisser allgemeiner Wohlstand erzeugt wird, der eine höhere Bildung im Gefolge hat.

Dur Arbeiterschutzgesetzgebung.

Mehrfach schon hat das „Volksblatt“ die vom Fürsten Bismarck inaugurierte sogenannte Sozialreform, die Krankenversicherung, die Unfallversicherung u. s. w. mit der Medizin verglichen, die dem schon Erkrankten gerichtet werden soll.

Sie hat dann im Gegensatz dazu die soziale Hygiene empfohlen, welche den Krankheiten vorbeugt, welche die speziellen Arbeiterkrankheiten und Unfälle vermindern und die Invaliditäts- und Altersversorgung, wenn auch nicht überflüssig, so doch nicht bringlich machen soll.

Vorbeugungen gegen die Krankheit zu treffen, das ist die Aufgabe aller vernünftigen Aerzte; der Versuch der Heilung ausgebrochener Krankheiten ist in den meisten Fällen Medizinpfuscherei.

Und wie es bei dem Individuum ist, so ist es auch bei dem sozialen Körper. Den Krankheiten muß vorgebeugt werden, dann ist die Versicherungsmedizin nicht so notwendig, oder aber nur für wenige Glieder des sozialen Körpers erforderlich.

Die Vorbeugung geschieht durch eine Regelung der heutzigen Produktionsweise und durch Organisation der Arbeit. Wie dies geschehen soll, deuten zum allerding geringen Theil die Anträge der Konservativen und Liberalen im Reichstage, eine Arbeiterschutzgesetzgebung betreffend, an. Ausführlischer und klarer aber sind in dieser Hinsicht die Anträge der Arbeiterpartei zur Gewerbeordnung, die eigentlich erst den Namen Arbeiterschutzgesetzgebung verdienen und die in der That im Falle ihrer Realisirung ein wirkames Vorbeugungsmittel gegen die sozialen Krankheiten abgeben würden.

Fürst Bismarck scheint aber der alten medizinischen Schule treu bleiben und nicht zu den Hygienikern übertreten zu wollen. Gegen die ausgebrochenen Krankheiten will er die Arbeiter versichern, während er den Normal-, oder richtiger Maximal-Arbeitsdag, dieses wichtigste Glied in der Kette der Vorbeugungsmittel gegen Krankheiten, energisch belämpft.

Doch sind ihm viele seiner Anhänger, die bislang immer auf die soziale Weisheit des Fürsten geschworen haben, jetzt untreu geworden.

Man höre nur die Ausführungen einer konservativen Zeitung:

„Die bisherige Sozialreform hatte es mit den Kranken, Verletzten und invaliden Arbeitern zu thun. Da aber deraulichen Arbeitsunfähige so wie so schon nach den bestehenden Gesetzen versorgt werden mußten, so konnte man diese bisherige Sozialreform gewissermaßen als eine Verbesserung und Organisirung der Armenpflege auffassen. Arbeiterschutzgesetze dagegen befaßten sich mit den gesunden und beschäftigten Arbeitern, sie interessiren deshalb den aktiven Arbeiterstand in viel lebhafterer Weise. Sie befaßten sich im Wesentlichen mit dem Schutz der freien Zeit des Arbeiters, der Zeit, welche ihm die Arbeit für des Lebens nothwendige Nothdurft übrig läßt. Er bedarf ihrer zum Ersatz der verbrauchten Körperkraft, zur nothwendigen Pflege seines Leibes, zur Erziehung seiner Kinder, zur Ordnung seines Hauswesens, zur Erfüllung seiner religiösen Bedürfnisse. Die Möglichkeit des Verbrauches der freien Zeit zu ganz unnothigen oder gar verderblichen Zwecken hebt die Nothwendigkeit derselben zu einem menschenwürdigen Leben natürlich nicht auf. Die Jugend bedarf ihrer in größerem Maße, da die Natur währenddem größere Anforderungen an den Körper stellt und ein Theil der freien Zeit noch zum Unterricht verwendet werden muß. Die Frau bedarf ihrer noch mehr, da sie so wie so eine der produktivsten nationalen Arbeiten zu leisten hat, die Pflege des Kindes, der sie nicht zu sehr entzogen werden darf. Die Kindheit endlich sollte im nationalen, humanen und ethischen Interesse alle ihre Zeit behalten zur körperlichen, sittlichen und religiösen Ausbildung. Ueberläßt man die Dinge sich selbst, so kommt es zu gefährlichen Zuständen. Ein Quantum freier Zeit muß den Arbeitern gesetzlich sichergestellt werden, sonst geht der Arbeiterstand rückwärts. Die beliebige und unbegrenzte Ausdehnung der Arbeitszeit muß eine ebensolche Entwertung der Arbeit und ihres Ertrages zur Folge haben; der erste Schritt zur Aufbesserung der Löhne ist daher eine gesetzlich regulirte Arbeitszeit. Diejenigen, die mit sozialen Nachtheilen, Geld, Grundbesitz, Maschinen und Bildung ausgestattet sind, mögen über den Schutz der menschlichen Arbeitskraft nicht so hoch denken; für die großen Arbeitermassen aber ist der Schutz ihrer Arbeitskraft, auf welcher ihre ganze Existenz beruht, das Nothwendigste und der Anfang aller Sozialreform. Jedes Eigentum an Geld und Gut und Haus erfreut sich staatlichen Schutzes und der Staat schützt sich selbst, indem er das Eigentum seiner Bürger schützt. Aber nicht minder, ja noch viel mehr schützt der Staat sich selbst, wenn er die große Masse der Arbeiter, welche zugleich die Hauptmasse seiner Armee bildet, vor der übermäßigen Aus-

„Ja, blinder Bahn war es,“ bestätigte Rowland. — „Der Graf war mit Blindheit geschlagen und ich auch.“

„Fahren Sie fort,“ sagte Dr. Cambry nach einer Pause.

Rowland begann von Neuem:

„Der Lord Andrew Davis gab mir eines Tages eine Karte, auf welcher sein Name stand, befahl mir, dieselbe in drei Stücke zu zerreißen, er nahm das mittlere derselben, befahl mir, die beiden anderen Stücke in ein geheimes Fach seines Sekretärs zu verschließen und entfernte sich. — Was das bezwecken sollte, weiß ich nicht, habe es auch nicht erfahren, wohl aber wußte ich, daß es mit dem Verbrechen im Zusammenhang stand, das der Lord zu begehen beabsichtigte. . . Ich hätte ihn davon zurückhalten können. . . ich that es nicht.“

„Er ging — und als er zurückkehrte, eröffnete er seiner unglücklichen Frau: „Dein Bastard ist auf immer verschwunden! . . . Todt für Dich und alle Welt!“

„An demselben Tage begab sich der Lord auf die Jagd, wohl um sich zu zerstreuen, da sein Gewissen sich regen mochte bei dem entsetzlichen Jammer seiner Frau.“

„In seiner Abwesenheit traf der Graf Fergus McDonuill im Schlosse ein. Er fand Lady Davis in Schmerz aufgelöst. Liebe und Theilnahme an ihrem Mißgeschick waren es vielleicht, welche ihn drängten, ihr die Befühle seines Lebens darzulegen. — Er gestand ihr, daß er sie liebe, daß er selbst namenlos unglücklich sei, da er sie unglücklich sehe. Er forderte sie auf, das unselige Band mit ihrem Gatten zu lösen. Er bot ihr seine Hand und sein Herz an. . . Sie — sie wies ihn das eine Mal nicht zurück. „Treulos gegen meinen Gatten will ich nicht sein,“ sagte sie; „aber ich brauche einen Freund, der mich an dem rächt, der mich unglücklich für das ganze Leben gemacht hat. . . der mir das Einzige geraubt hat, was mich noch am Leben fesselte.“

„Ich eilte dem Lord nach in den Wald. Ich suchte ihn auf und sagte ihm: „Rehren Sie um, Mylord, Sie finden den Grafen McDonuill zu den Füßen Ihrer Gemahlin.“ — Was nun geschah, ist ja auch Dr. Harriers bekannt.“

aber war ich auch von Mißtrauen erfüllt. Ich war es, welcher in Lord Davis das Mißtrauen schürte, welcher ihn aufmerksam machte auf die Huldigungen, die der Graf seiner Gattin darbrachte. Ich war es, welcher der Gemahlin des Grafen sagte: „Ihr Mann liebt eine Andere!“ Ich war es, welcher zuerst den Zweifel aussprach gegen Mylord, ob er wirklich der Vater des Töchterchens sei, das Mylady so zärtlich liebend an ihr Herz drückte. Ich sagte ihm:

„Das Kind eines Mannes, den man nicht liebt, schließt man nicht so zärtlich an das Herz, wie Mylady dieses Kind.“

„Der hingeworfene Funke zündete, zu wüthender Leidenschaft artete die Eifersucht aus. . . Das Kind schien ihm eine ununterbrochene Erinnerung an die Untreue seiner Gattin; er wäre im Stande gewesen, es zu tödten. — Ich gab nun den Rath, es aus dem Hause zu entfernen, ohne Wissen der Mutter. . . Beinahe drei Jahre blieb das Kind im Hause Garrids, ohne daß die Mutter dessen Aufenthalt erfuhr; aber sie wußte, daß es lebe — und dies schützte sie vor Verzeihung.“

„Sie hat, sie flehte, ihr das Kind zurückzugeben. . . Umsonst! — Lord Davis war unerbittlich; doch mochte sie die Hoffnung nicht aufgegeben haben, ihr Kind einmal wiederzusehen. Durch einen Zufall erfuhr sie den Aufenthalt ihres Kindes, da eine Freundin von Garrid's Frau mit Mrs. Lizzie Bradbon befreundet war, und das Garrid anvertraute Geheimniß nicht ganz bewahrt hatte.“

„Die sonst so sanfte, geduldige Frau verlangte jetzt stürmisch die Rückgabe ihres Kindes, ja, sie trat ihrem Manne mit energischer Entschlossenheit entgegen. Sie drohte aller Welt zu offenbaren, welches Verbrechen er gegen sie beging, daß er ihr das Kind geraubt habe. — Ihre Entschlossenheit reizte den Grimm des Lord noch mehr. Als er sah, daß seine sanfte Gattin in ihrem unbändigen Schmerz zur Furie ward, da schien es ihm nothwendig, das Kind der unglücklichen Mutter noch weiter zu entrücken. Was hier geschehen, das weiß ich nicht; ein Verbrechen aber ist geschehen.“

„Gott im Himmel!“ rief Dr. Harriers. „Wohin kann der blinde Wahn den Menschen führen!“

Feuilleton.

Gesucht und gefunden.

Roman von Dr. Dur.

(Fortsetzung.)

Und als Lord Davis dann sah, wie sie von allen Seiten verehrt, angebetet und vergöttert wurde, da wurde seine Eifersucht zur rasenden Leidenschaft. — Sie schenkte ihm ein Kind, ein Töchterchen. . . Mit Thränen drückte sie es an ihr Herz. . . es waren nicht Thränen der Freude, es waren Thränen des Schmerzes. — Sie weinte über ihren Sohn, den man von ihrem Herzen gerissen. . . ach, und sie fürchtete vielleicht, daß man ihr auch dieses Kind, das einzige Wesen, auf welchem sich die ganze Seele ihrer Liebe vereinigte, entreißen könnte! Niemals ließ sie es von sich; sie liebte es, wie nur eine Mutter lieben kann. — Die ganze Welt, all ihr Reichthum, die Verehrung aller Belannten — es war ihr gleichgültig. Ihr ganzes Herz erfüllte dieses Kind, ihr ganzes Denken erstreckte sich nur auf ihr Kind. Ihr Kind war ihr die Welt, ihr Glück und ihr Leben!

„Ich weiß es, ich weiß es,“ bestätigte Harriers. „Mir trauen zuweilen selbst die Thränen in die Augen, wenn ich sah, wie sie es weinend an ihr Herz drückte und ihr Auge zu Gott erhob und ausrief: „Gott im Himmel! Laß mir unglücklichen nur dieses eine Glück, nur diesen einen Trost — in meinem Schmerz.““

„Unter den Gästen, welche in Davistown am häufigsten verkehrten, war der Graf Fergus McDonuill. Vom ersten Tage an, da er Lady Davis sah, faßte er heiße Liebe für sie; obwohl sie aber ihren Gatten nicht liebte, hat sie den Grafen nie erhört.“

„Nein, nein,“ sagte Harriers, „sie hat die eheliche Liebe auch nicht mit einer Miene gedrohen. Sie ertrug alle Brutalität ihres Gatten geduldig — und sie war ihm, den sie hassen mußte, der ihr Peiniger war, wie eine Gattin dem Manne nur sein kann, der sie liebt. . . Lady Davis ist ein Engel an Tugend!“

„Faß glaube ich das jetzt auch, Harriers. Damals

beutung ihrer Arbeitskraft, ihres einzigen werthvollen Eigenthums schließt. Zu diesen nothwendigen Maßnahmen gehört aber die Wiederherstellung eines geregelten Arbeitszustandes mit entsprechenden Rubenpausen zur Erneuerung der physischen und zur Belebung der moralischen Kraft unbedingt."

So das konservative Blatt. Sieht man von den religiösen Bedürfnissen ab, die uns hier nichts angehen, läßt man auch den ästhetischen Gedanken von der Wiederherstellung eines geregelten Arbeitszustandes fahnen, so kann man sich mit den Ausführungen des konservativen Blattes einverstanden erklären. Man braucht nur einige Schritte noch weiter zu thun und hat einen wirksamen Arbeiterzuschuß.

Uebrigens standen die wirtschaftlichen Berater des Fürsten Bismarck, die der alten konservativen Schule angehören, immer auf diesem Standpunkte, so der todte Rodbertus und der zwar noch lebende, aber fast gestellte Geheime Rath Hermann Wagner.

Fürst Bismarck aber hat damals von diesen Rathgebern wenig gelernt, er stürzte sich vielmehr bedingungslos in's Manchestertum, aus dem er wieder aufstach, um Agent für die staatliche Versicherung kranker, verunglückter und invalider Arbeiter zu werden.

Man hat längere Zeit diese seine Anschauung als die Quintessenz aller sozialen Weisheit gehalten, dazwischen ist nun die Arbeiterzuschußgesetzgebung geschehen und in der That blickt man nun allseitig schon auf die Bismarck'schen Gesetze und Pläne, als auf eine Sozial-Reform zweiter Klasse, während die Arbeiterzuschußgesetzgebung allgemein für eine Sozial-Reform erster Klasse erklärt wird.

Tempora mutantur!

Politische Uebersicht.

Der Bundesrath hat in seiner Plenarsitzung sein Einverständnis damit erklärt, daß auf der Grundlage des zwischen Preußen und Rußland abgeschlossenen Auslieferungsvertrages ein solcher zwischen dem Deutschen Reich und Rußland abgeschlossen werde. Dieser Beschluß des Bundesrathes war vorauszusetzen. Durch denselben wird übrigens ein internationaler Rechtszustand angebahnt, der von ganz neuen Gesichtspunkten ausgeht. Den kontrahierenden Regierungen wird es nämlich in den weitaus meisten Fällen überlassen, zu entscheiden, ob ein Grund zur Auslieferung vorliegt. Dann aber auch ist es ganz neu, daß jedes politische Vergehen zur Auslieferung führen kann. Der Reichstag wird dem Verträge, wie er vorliegt, die Genehmigung wahrscheinlich nicht ertheilen.

Das Zusammengehen des Reichstags mit dem preussischen Landtage wurde früher immer als eine Kalamität aufgefaßt. Neuerdings ist eine andere Auffassung wenigstens in Regierungskreisen eingetreten. Der Etat des Innern ist nämlich im Abgeordnetenhaus in 4 Stunden diesmal durchberathen worden, während derselbe früher ebenso viele Tage kostete. Darüber große Freude im Ministerium des Innern. Die Ursache der schnellen Abwicklung dieses Budgets aber war, weil alle Oppositionsdredner im Reichstage sich befanden.

Die Stimmung in Italien ist gegenwärtig eine deutschfeindliche. Die italienischen Blätter sind höchst ärgerlich über die absprechende Beurtheilung, welche das italienisch-englische Bündniß in der deutschen und deutsch-österreichischen Presse findet. Uebrigens befinden sich die Italiener bei ihrem neuen Bündniß viel besser, als bei dem alten mit den nordischen und östlichen Großmächten. Das letztere war den Italienern allzu platonisch, während das Bündniß mit England ihnen sofort einige tüchtige Festungen in den Schooß wirft und für die Zukunft noch mehr verspricht.

Die Auswanderung nach Amerika wird in der nächsten Zeit wieder größere Dimensionen annehmen. Nach Newyorker Telegrammen ist nämlich der Verkauf von sogenannten Prepaid Tickets (d. h. in Amerika gelösten, aber für die Reise von Europa nach Newyork geltenden Schiffsbillets) in Folge der überaus gedrückten Passagierpreise ungemein gestiegen. Nach zuverlässiger Schätzung dürften in einer der letzten Wochen für die drei deutschen Kompagnien (Holland, Badische und Carl-Linie) annähernd 6000 solcher Prepaid's verkauft sein. — Nach der neuesten offiziellen Wirtschaftstheorie, so bemerkt dazu die „Postische Zeitung“, muß bei dieser Kunde jedem Patrioten das Herz ausgehen über alle die Deutschen, die sich vor lauter Wohlstand in Deutschland nicht mehr zu lassen wissen und daher nach Amerika auswandern.

Der Kriegsminister des Mahdi ist nach dem Bericht des pariser „Figaro“ ein Franzose Namens Veret. Derselbe ist eine nicht unbekannt Persönlichkeit, da er es war, welcher im September 1870 die Festung Lyon in die Luft sprengte, um sie dem Feinde nicht unverletzt überlassen zu müssen. Als einige Monate später die Kommune ausbrach, ertheilte ihm Thiers den Auftrag, die Kanonen von Montmartre herabzuholen und er versuchte dies zu thun, scheiterte aber an dem schwierigen Unternehmen, weil seine Soldaten ihm nicht bis an's Ziel folgen wollten. Nach dem Kriege wurde Veret Geschäftsmann und Wucherer und trieb es so arg, daß er deshalb zu

verschiedenen Malen verurtheilt und endlich aus der Ehrenlegion ausgestoßen wurde. Diese Strafe ging ihm demnach zu Herzen, daß er das Vaterland verließ, in Egypten sein Glück versuchte, von da nach dem Sudan zog und dem Mahdi seine Streitkräfte nach europäischem Vorbilde organisiren half. In dem wunderlichen Kabinett, in dem er die Funktionen eines Kriegsministers versieht, ist D'Alvergnon sein Gegner im Parliamentskampfe vom Mai 1871, sein Kollege. Wie der „Figaro“ hinzusetzt, sollen die Engländer in Paris, welche Veret's Vorhaben und seine Liebe zum Gelde kennen, den Plan gefaßt haben, ihn durch eine staatliche Summe zu bestechen und aus ihm einen zweiten Arabi-Pascha zu machen. (1)

Oesterreich-Ungarn.

Wie alle sog. konstitutionellen Länder, so hat auch Ungarn sein „Oberhaus“, die aus dem Abgeordnetenhaus hervorgegangenen Beschlüsse noch gebrügel zu „beschneiden“. Die Bestimmungen, auf Grund deren die Mitglieder des „Oberhauses“ gewählt, resp. ernannt werden, gehören einer längst vergangenen Zeit an und daher hat man sich veranlaßt gefühlt, dieselben, weil sie gar zu sonderbarer Natur sind, einer Reform zu unterwerfen. Am 10. d. M. begann im ungarischen Abgeordnetenhaus die Debatte über diese Reform; die Regierung hatte selbst Vorschläge gemacht und ließ dieselben durch den Bruder des Ministerpräsidenten, Grafen Ludwig Tisza, verteidigen. Da die Vorschläge der Regierung wenig oder garnichts an dem alten System ändern, so wurden von der Linken folgende Anträge gestellt: Das Haus solle beschließen, der Regierung über die Organisation der Magnatenkammer als Oberhaus wird an einen Ausschuß mit der Weisung zurückgeleitet, denselben auf Grund folgender Prinzipien umzuarbeiten und wieder einzusetzen: 1) Die Zahl der für Lebensdauer ernannten Mitglieder ist auf 30 zu reduzieren. — 2) Unter die Mitglieder des Oberhauses sollen die von städtischen und Komitats-Municipien Gewählten aufgenommen werden. — 3) Die Wahl geschieht mittelst geheimer Abstimmung. Das Mandat währt 8 Jahre. Die Gewählten genießen weder Diäten noch sonstige Entschädigung. — 4) Die Beschränkung der Inkompatibilität erstreckt sich sowohl auf die für Lebenszeit ernannten als auf die gewählten Mitglieder. — Der Abg. Otto Herrmann trat für gänzliche Abschaffung des Oberhauses ein; ein definitiver Beschluß wurde noch nicht gefaßt.

Rußland.

In Kiew wurde kürzlich der Prozeß gegen zehn der Theilnahme an der Ermordung eines Gendarmen-Offiziers angeklagten Nihilisten verhandelt. Von den Angeklagten wurden drei zu 20, zwei zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurtheilt und die übrigen fünf ganz freigesprochen. Infolge dieses Urtheils hat das Ministerium des Innern eine Anfrage an den Gerichtshof gerichtet, wie es zugehe, daß die Hälfte der Angeklagten freigesprochen worden sei.

Ueber einen interessanten Konflikt zwischen dem Generalgouverneur von Wilna, Kochanow, und dem dortigen römisch-katholischen Bischof Grzymiewski werden den polnischen Blättern folgende interessante Einzelheiten aus Warschau gemeldet: „Der genannte Bischof hatte zwei Domherren wegen sehr grober Verstöße gegen die Sittlichkeit erkommunicirt und dieselben in dem Verzeichniß der Mitglieder des Wilnaer Domkapitels gestrichen. Als nun die beiden Exkommunicirten in dem Verzeichniß des Klerus, das als Anhang zum diesjährigen Direktorium erscheinen sollte, ausgelassen waren, nöthigte der Generalgouverneur Kochanow von Wilna den Drucker, beide Namen aufzunehmen, wie denn auch die Regierung beide Exkommunicirten in den Domherrenwohnungen beließ. Sobald der Bischof die Eigenmächtigkeit des Generalgouverneurs, der im Namen der Censur solche Dinge sich erlaubt hatte, bemerkte, strich er eigenhändig in allen Exemplaren die Namen der Bezeichneten aus und bemerkte am Rande mit Namensunterschrift, daß jene Leute aus der Kirche ausgeschlossen seien. Die so „verbesserten“ Direktorien wurden an den Klerus verschickt, auch Kochanow erhielt ein solches Exemplar. In Folge dessen erschien der Direktor der Kanzlei für die „fremden Bekenntnisse“, Fürst Kontakuski, in Wilna und rief dem Bischof aus „Gesundheitsrücksichten“ ins Ausland zu gehen. Der Bischof entgegnete, er befinde sich vollkommen wohl und werde seine Diöcese freiwillig nicht verlassen. Schließlich wurde der Bischof nach Petersburg jittirt, wo er vor wenigen Tagen eintraf. — Gerüchteleise verlautet, daß der Bischof in die Verbannung geschickt sei.

Franreich.

Ueber das Treiben der Pariser Geheimpolizei brachten wir vor einigen Tagen eine Notiz, welche den Polizei-Inspektor Brun in dem bekannten Dynamitverbrechen von Montcaulles-Mines als einen elenden agent provocateur erscheinen ließen. Diese Anschauung wird auch von einem Pariser Korrespondenten der „Post. Sig.“ bestätigt, der folgendes schreibt: „Ferdinand Kau erzählt im „Gil Blas“, der Vorsitzende des Gerichtshofes von Chalons habe in öffentlicher Verhandlung zum Rechtsanwalt Eugen Billard gesagt, der Hauptschuldige in der Montcaulles Strafsache, derjenige, der die Mittelveranlassung habe, sei ein Polizist, dem der Minister des Innern 5000 Fr.

man mir verzeihen möge, und daß die Mitschuldigen des Lord der Strafe nicht entgehen mögen.

„Hier können Sie das Protokoll schließen.“

Der Kranke, welcher sich bis jetzt mit aller Anstrengung seiner Kräfte aufrecht erhalten hatte, sank nunmehr erschöpft in die Kissen zurück. Er schloß die Augen wie ein Schlafender, oder vielmehr wie ein Tödter, denn seine abgekehrte Gestalt, die hohlen Wangen, die tief eingefallenen Augen — sie schienen keinem Lebendigen anzugehören. Seine Brust arbeitete heftig. Ein dumpfes Röcheln ließ sich hören. Die gewaltige Anstrengung seiner Kräfte hatte vielleicht sein Ende beschleunigt. „Er stirbt!“ rief Harriers. „Wo ist der Doktor?“

„Ich bin hier!“ erscholl die Stimme des Babers, der schnell die Thür öffnete, an welcher er lauschend gestanden hatte.

„Er stirbt,“ wiederholte Harriers. „Das kann unmöglich sein; ein Mann, welcher so viel sprechen kann, und so klar in seinen Gedanken ist, stirbt noch nicht. Es ist nur noch eine Dosis Theerwasser und ein Aderlaß erforderlich, so kommt er wieder zu sich. . . . D, ich habe die beste Hoffnung, meine Herren. Sie werden den Kranken schon morgen viel kräftiger finden. . . . Haben Sie nur die Güte, wenn Sie hinabgehen, mir den Diener heraus zu schicken, damit er das Beden hält.“

Harriers nahm die Hand des Kranken, um sich von ihm zu verabschieden.

Sie fiel well und kraftlos auf das Kissen zurück. Die drei gingen.

Der Bader blieb allein bei dem Kranken zurück, um sein letztes Mittel in Anwendung zu bringen. — — —

„Die Verhandlung hat mich außerordentlich angegriffen,“ erklärte Raydor, während die drei nach dem Gasthof zurückgingen. „Sie hat mir den Appetit zum Abendessen verdrorben.“

„Mir nicht weniger,“ erklärte auch Cambry. „Wer hätte gedacht, daß Lord Davis eines so schwarzen Verbrechens fähig sei, und die arme, unglückliche Lady, was muß sie gelitten haben, als sie sich durch seine Schändlichkeit

versprochen habe, wenn es ihm gelingen würde, eine Verhaftung zu entdecken, deren Bestehen die Regierung vermuthete. Der Vertheidiger der Beurtheilten, Rechtsanwalt Jean Bonnard-Baffierin stellt in der „Republique radicale“ mit großer Entschiedenheit dieselbe Behauptung auf. Nach ihm wäre der Geheimpolizist Brun, um den ausgesetzten Preis von 5000 Fr. zu ergattern, nach Montcaulles gereist und habe die Verschwörung, die er nicht vorand, im Werk gesetzt. Er habe mit dem Grubenarbeiter Guesclaff Freundschaft geschlossen, ihm den Gedanken eingegeben, die Kapelle in die Luft zu sprengen, ihm das nöthige Dynamit verschafft u. s. w. Als die Verhaftung der Kirche stattgefunden, wurde Brun mit den übrigen Dynamitverbrechern verhaftet. Der Minister des Innern forderte unverzüglich seine Freilassung, die der Justizminister jedoch weigerte. Es kam darüber zwischen beiden Ministern zu einem heftigen Zusammenstoße, allein Herr Martin Feuillée blieb fest und befahl der Staatsanwaltschaft, auch gegen Brun mit gegen die übrigen Angeklagten vorzugehen. Es scheint aber trotzdem nicht, daß es zu einer Schlussverhandlung gegen ihn gekommen ist. Das sind die Thatsachen, die von den angeführten Personen behauptet werden.“ — Daß die Pariser Geheimpolizei immer gern derartige Streiche gemacht hat, ist bekannt. Oft genug aber wurde sie auch hinter das Licht geführt. So erzählt Andrieux in seinen „Denkwürdigkeiten“ eine löstliche Geschichte, wie der Leiter der Geheimpolizei unter dem Kaiserreiche, Lagrange, der Liebhaber einer gewissen Person geworden sei, die mit den verbannten französischen Republikanern in London die innigsten Beziehungen unterhielt, wie er sich für einen Kenner vom Lande und Feind Napoleons ausgeben und sich bereit erklärt habe, das erforderliche Geld herzugeben, wenn die Ausgemachten einen Streich gegen das Leben des Kaisers ausführen wollten. Die Geschichte hat einen drolligen Ausgang. Anfangs gingen die Republikaner in London auf den Vorschlag freudig ein. Man erlangte ein Werkzeug in Gestalt eines Opernglases, dessen beide Köpfe Wirklichkeit Revolverläufe waren. Durch ein Guckloch konnte man unauffällig zielen, und es wäre ein Leichtes gewesen, den Kaiser mit dieser Waffe im Opernhause niederzuschießen. Da die kleine Maschine fertig war, theilte die Floriani die ganze Geschichte mit weiblicher Geschwätzigkeit der in Paris lebenden Geliebten Felix Pyat's mit. Diese hatte ihrerseits ihren „Freund“, der ehemals Republikaner gewesen war, seit einiger Zeit jedoch im Solde der Geheimpolizei stand, von der Schilderung, welche die Floriani von dem „Vandale“ des Anschlags, dem Kenner vom Lande gab, erkannte er sofort Lagrange und sagte ihr, daß sie für Rechnung der Polizei gearbeitet habe. Die Floriani handelte mit großer Geistesgegenwart. Sie ließ sich noch eine starke Summe Geldes auslösen, stellte den nächsten Tag die Ankunft der kleinen Höllemaaschine aus London in Aussicht und — verschwand an demselben Abend. Das kleine Lustspiel hatte die geheimen Fonds 40 000 Franken gekostet und Lagrange hatte das Nachsehen.

Großbritannien.

Die gegenwärtige Lage Englands giebt der „Post and Mail Gazette“ neuen Anlaß zu Klagen über die Unzulänglichkeit der Armee und Flotte. Das Blatt sagt u. A.: „Wenn 20 000 unserer besten Soldaten bis zum nächsten Herbst im Rhythale internirt werden sollen, dann sollten wir dieselben zum Wenigsten durch 20 000 neue Leute ersetzen. Bei der gegenwärtigen gedrückten Arbeitsmarkte (1) könnten wir die Leichtigkeit 20 000 oder 30 000 kräftige Engländer rekrutiren in den wenigen Monaten einzusetzen werden dürften. England ist in Gefahr gerathen, um Egypten vor dem Mahdi zu retten. Dies sollte nicht sein. Wir sind verpflichtet, Egypten zu retten, aber das ist kein Grund, weshalb wir der Erfüllung dieser notwendigen Pflicht unter eigenem Band opfern sollten. — Bemerkenswerth ist der Hinweis auf den gedrückten Arbeitsmarkt und der daraus resultirenden Leichtigkeit, tausende von kräftigen Arbeitern für die Expedition nach dem Sudan anzuwerben. Unserer Ansicht nach würde die Englands besser gehahrt werden, wenn zunächst Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit getroffen würden, als dadurch, daß man die Arbeitslosen in die Wüste schickt, wo die Aussicht haben, vom Mahdi abgeschlachtet zu werden. Die Verpflichtung Englands zu „retten“ ist eine Phrase, denn die Egyptianer machen überall drei Kreuze, wo sich die „Retter“ sehen lassen.“

Michael Davitt, der Gründer der irischen Landliga, weil seit Kurzem in Rom. Der Zweck seiner dortigen Thätigkeit ist angeblich, beim päpstlichen Stuhle das Verhalten der irischen Nationalpartei angehörigen Katholiken zu rechtfertigen und dem Papste eine Adresse über den gegenwärtigen Zustand zu überreichen. Der Vatikan soll indessen nicht geneigt sein, mit Davitt zu unterhandeln. (Nach einer Meldung von anderer Seite ist Davitt in Vatikan bereits abgereist worden.)

Parlamentarisches.

— Die Wahl des Abgeordneten Payer in Tabingau

eines Kindes nach dem andern beraubt sah! . . . Was muß sie noch leiden!“

„Ich weiß es, meine Herren, was Lady Davis noch leidet,“ sagte Mr. Harriers. „D, sie ist kein menschliches Wesen mehr, sie ist nur noch ein Schatten. . . . Es zerstreut sie nichts und hilft ihr nichts. . . . Jedes Jahr im Frühling reißt sie ab und bleibt bis zum Anfang des Januar fort. . . . In etwa drei Wochen dürfen wir sie wieder erwarten. . . . Aber das Reisen zerstreut sie nicht und stärkt sie nicht, sie kommt jedes Mal schwächer zurück. Erst kürzlich noch sagte Lizz, sie fürchte, daß die Lady nicht mehr lange leben werde, da sie jedes Jahr sichtlich schwächer werde.“

„Sie ist nicht das einzige Opfer, daß dieser Mann auf seinem Gewissen hat,“ sagte Mr. Raydor hinzu. „Nach das Kind ist sein Opfer.“

Was aus diesem Kinde geworden, das wissen wir bereits,“ bemerkte Mr. Cambry.

„Sie wissen es?“ fragte Harriers. „Was ist aus ihm geworden?“

„Es ist dasselbe, welches Garrid ermordet hat!“

„Ermordet! Und dazu konnte Lord Davis seine Hände bieten! Wer hätte ein solches Verbrechen für möglich gehalten!“

„Noch ein drittes Leben ist diesem Manne zum Opfer gefallen,“ bemerkte Raydor, „nämlich die Gräfin W'Donuil. . . . Ich weiß das von meiner Mutter, die einmal mit Mr. Garrid darüber sprach. Ich war damals noch sehr jung, aber jetzt erinnere ich mich der Unterredung lebhaft.“

Die Gräfin W'Donuil erfuhr, daß ihr Mann wahnsinnig verliebt sei in Lady Davis. Wir wissen, daß sie dies noch Rowland erfuhr. Der Gram hat die arme Frau verzerrt, sie ist einige Jahre nach dieser Katastrophe gestorben.“

„Eine wahre Kette von Verbrechen!“ sagte Harriers.

„Ja, ja; das ist der Fluch der bösen That, daß sie fortzuehend Böses macht.“

„Gebären!“ jittirte Cambry in feierlichem Tone. — Die Verhandlung hat übrigens vorläufig keinen Nutzen irgend einen der Beteiligten,“ sagte er nach einer Pause hinzu. „Außer für den Sterbenden, der dadurch sein Leben wissen erleichterte.“

Reaktionen-
protesten von
wachen, welche
in dem Prozeß
Erklärungen
sich die Richter
abgab für die
— Die
Rechtsstages be
zu je bezüglic
einer gründlich
geleitet. Die
mung über die
— Die
auf das Sch
leien ward, wo
nicht an die
Rath Hellwig
heiler noch e
Kommission
a. Gurne) u
Summe zu u
nicht in der
annte Zweck
nischen, die
Anschuldigen
keine Ent
wollen.
—
trag des
z u je bezüglic
den Organis
die Kamerun
haben beauf
Die u n
Loren.“

„Er ver
das man
wahrung sich
„Sie h
Cambry;“ e
Lizz; . . .
„Ich bald nich
„Garrid
gestorbe
„Auffall
Rowland erz
Davis nur d
„Bullei
sagen wollen
nicht erklären
sich seinen ab
Christiani la
Rowland hä
schickten t
von dem Tod
kann.“
Ihre S
das vor
weg hatte,
er vier Per
weitem blü
sich einigern
Aber au
sage auf sei
bekanntliche
kannort gab
sich seien; z
Anschuldigen
den ersten B
sprechen, —
—
Der Pa
nabern Row
habe, daß R

Reichstages-Rottensburg ist auf Grund des eingelaufenen Wahlprotokolls von der Wahlprüfungs-Kommission beanstandet worden, welche amtliche Ermittlungen über die Wahrheit der in dem Protokoll behaupteten Thatsachen beantragt. In einzelnen Urtheilen sollen nach den Behauptungen des Protokolls einzelne Wähler durch Verprechung von Getränken zur Stimmabgabe für Payer veranlaßt worden sein.

Die Gewerbe-Ordnungskommission des Reichstages beendete die Beratung der auf die Sonntagsruhe bezüglichen Anträge. Die Anträge auf Anderräumung einer gründlichen Enquete (Baumbach und Buhl) wurden abgelehnt. Die Kommission verlagte sich darauf, um die Abstimmung über die anderen Anträge erst morgen vorzunehmen.

Die Budgetkommission des Reichstages fuhr in der Beratung des Ergänzungsetats für Kamerun fort. Auf das Schreiben des Reichskanzlers, welches gestern verlesen ward, verzichtete die Opposition einzugehen, da dasselbe nicht an die Kommission als solche, sondern an den Geheimen Rath Hellwig gerichtet sei. Dagegen konstatierten die Fragesteller noch einmal, daß sie ihre Fragen nur auf Wunsch der Kommission schriftlich eingereicht hätten. Vom Centrum (Frhr. v. Pöhl) wurde dann der Antrag gestellt, die geforderte Summe zu bewilligen, aber lediglich als Pauschquantum, nicht in der Form einzelner Posten für einzelne, besonders genannte Zwecke und Bedürfnisse. Man wünschte damit auszuweisen, daß man sich nicht für bestimmte organisatorische Einrichtungen in den Kolonien bindend aussprechen, sondern seine Entscheidung in dieser Hinsicht für die Zukunft offen lassen wolle. Zur Beschlußfassung über diesen Antrag kam es nicht. — Ferner wurde mit 16 gegen 12 Stimmen ein Antrag des Abg. Richter angenommen: „Die verbündeten Regierungen zu eruchen, dem Reichstage vor Herbeiführung von Organisationen in den westafrikanischen Schutzbezirken Kamerun Tozo und Angra Pequena eine Vorlage zu machen behufs Heranziehung der Schutzbezirke zur Deckung der dem Reiche aus denselben erwachsenden Kosten.“

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom 12. Februar.

Vorsitzer Dr. Straßmann eröffnet die Sitzung.

Durch die Wahlen der Abtheilungen haben sich folgende Ausschüsse konstituiert: 1) Zur Vorbereitung der Wahl des unbesoldeten Stadtraths (Vors. Dr. Straßmann, Stellvert. Dr. Strick). 2) Zur Vorbereitung der Vorlage, welche den Verlauf einiger durch Raufreiung der Straße „An der Schmiedemauer“ und durch die Verbreiterung der Neuen Friedrichstraße gewonnenen Bauparzellen. 3) Zur Vorbereitung der Vorlage, betr. die Anlegung von Straßen auf dem an der Hauptstraße gelegenen Grundstück der Berliner Schützengilde. (Vors. St. A. Rattner.)

Von den beiden hiesigen Gastwirthsvereinen ist eine Petition eingegangen, welche dahin geht, bei der Reform der Miethsteuer einen Unterschied zu machen zwischen Wohn- und Geschäftsräumen. Die Petition wird dem mit der Frage der Steuerreform betrauten Ausschusse überwiesen.

Von dem St. V. Weig II. ist ein Antrag eingegangen, welcher verlangt, daß 1) eine 5. Rathswache im Westen der Stadt errichtet und 2) die Geschäftsstunden für die Rathswachen auf die Zeit von 7 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends gesetzt werden.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der Generaldebatte über den Stadthaushaushalt-Etat.

Stadtv. Singer: Ich beabsichtige nicht, Herrn Dopp in das Gebiet der Tonkunst, Steuerreform u. zu folgen, jedoch einige Momente aus der Rede desselben herauszuheben. Er hat gemeint, daß wir auf dem Gebiete der Lehrerbildung zu viel thun; ich bin ganz entgegengelegelter Meinung und denke, daß es nichts Edleres und Vortrefflicheres geben kann, als die Fürsorge für die Ausbildung der Lehrer. Wenn Herr Dopp eine solche nicht sehr gern sieht, so kommt dies doch an die Zeit des „beschränkten Unterrichtsstandes“ und es wird nicht viele Leute geben, welche seiner Ansicht sind. Wenn Herr Dopp aus den Miethsteuer eine Einnahme erhofft, sobald die Agrarjölle erst eingeleitet sind, so glaube ich im Gegentheil, daß die eventuellen Verluste, welche uns in dieser Beziehung erblühen könnten, weit aus der Tasche der Steuerzahler wieder bezahlt werden werden, und daß wir als Großstädter absolut keine Veranlassung haben, einer Politik zuzustimmen, welche uns die notwendigen Lebensmittel vertheuert. Was die Gassteuer betrifft, so trifft das Wort des Stadtverordneten, daß die Gassteuer eine Steuer auf die Arbeitskraft ist, keineswegs zu. Im Allgemeinen ist der Etat klar und übersichtlich aufgestellt, aber es ist doch der Wunsch am Plage, daß künftighin die Bilanzirung des Etats ohne eine so große Begünstigung der Anleihen sich durchführen ließe. Im Speziellen muß ich den Magistrat um Auskunft über das Schicksal des Beschlusses bitten, welchen

die Versammlung bei Gelegenheit der Vertragsverlängerung mit der Pferdebahn-Gesellschaft in Sachen der billigen Arbeiterbillets gefaßt hat. Die Reform der Miethsteuer, die auf allen Seiten als dringlich anerkannt worden ist, scheint wieder arg ins Stocken gerathen zu sein, und der Beschluß des Steuerreform-Ausschusses, zunächst an den Ober-Präsidenten die Frage zu richten, wie er eigentlich zur Reform der Miethsteuer stehe, ist entschieden zu beklagen. In einer so wichtigen Angelegenheit sollte die städtische Verwaltung doch in etwas schnellerem Tempo das erfüllen, was von der ganzen Bürgerschaft als unabwendbar anerkannt ist. Soviel steht fest, daß im nächsten Etatsjahre diese Frage der Lösung zugeführt werden muß. Was die Auffassung des Magistrats über unsere Schulverhältnisse betrifft, so befinde ich mich darin in freudiger Uebereinstimmung mit demselben, möchte aber doch zur Erwägung anheimgeden, ob es sich nicht ermöglichen ließe, den auswärtigen Schülern, welche unsere höheren Lehranstalten besuchen, noch mehr Schulgeld abzunehmen. Zu den Mittheilungen des Magistrats über die Gestaltung unseres Straßenreinigungswesens bemerke ich, daß die Thätigkeit der Straßenreinigung hinsichtlich der Fortschaffung von Schnee und Eis durchaus ungenügend ist. (Unruhe.) Die Zustände, welche bei den Schneefällen des letzten Winters in den Straßen herrschten, sind einer Großstadt in keiner Weise würdig gewesen. (Lebh. Widerspruch.) Es ist vorgelommen, daß bei eintretendem Thauwetter Schulkinder an der Peripherie nicht die Schule besuchen konnten oder von Erwachsenen über die Straßen getragen werden mußten. (Lebh. Unruhe.) Ganze Straßen waren auch für Erwachsene unpassierbar. (Widerspruch.) Bei aller Anerkennung für die Bemühungen der Verwaltung, ihren Aufgaben gerecht zu werden, scheint es mir doch, als ob irgend etwas in der Straßenreinigungs-Verwaltung nicht ganz in Ordnung sei. Zu den in den Etat gestellten Beiträgen für humanitäre Vereine, wie die deutschen Hilfsvereine in London und Wien, bemerke ich, daß wir in erster Reihe noch sehr viel Noth in unserem eigenen Hause zu lindern haben, und z. B. der Berliner Verein für Obdachlose bisher vergeblich um Unterstützung bei den städtischen Behörden nachgesucht hat. Im Uebrigen will ich schließlich meine Ansicht aussprechen, daß doch zu viel Gewicht darauf gelegt wird, den Einkommensteuersatz von 100 pSt. nicht zu überschreiten, und daß ich vor einer Ueberschreitung dieses Satzes event. nicht zurückschrecken würde, da ich in der That es nicht für opportun halte, zu viel auf die Anleihen zu schieben.

St. V. Dr. Jmer wünscht gleichfalls, daß nicht so viel Ausgaben auf Anleihen überwiesen, sondern beispielsweise der Bau der höheren Schulen aus den laufenden Einnahmen bestritten werden möge und daß man in der Vermehrung unserer Schuldenlast recht behutsam vorgehen möge, denn die Haftbarkeit der Bürger eines Staates sei eine ganz andere Sache wie die Haftbarkeit der Bürger einer Stadt. (Unruhe.) Das sei ganz klar, denn man brauche bloß von der einen Seite der Kurfürstenstraße auf die andere Seite zu sehen, um der Haftbarkeit für die Stadt ledig zu werden. Bei einigen Bemerkungen zu unserer städtischen Steuerpolitik spricht Redner unter lebhaftem Widerspruch die Ansicht aus, daß die Stadt das Recht habe, unsere Gemeinde-Einkommensteuer aus dem Rahmen der staatlichen Steuern herauszunehmen. Was die Miethsteuer betrifft, so halte er eine Reform derselben für ziemlich unmöglich, denn dieselbe werde immer eine unbillige und ungerade bleiben, und man werde entschieden früher oder später zur Aufhebung der Miethsteuer schreiten müssen. In Bezug auf unser Schulwesen müsse er einen wunden Punkt berühren: das Freistellenwesen, welches eigentlich ein freistellen-Anwesen sei. Zeit kommen durch die Freistellen vielfach Leute auf die höheren Schulen, welche nicht dorthin gehören. Man sollte doch nur solchen Leuten Freistellen und, wenn möglich noch Zuschüsse gewähren, welche sich wirklich durch besondere Talente auszeichnen. Was die Ueberschüsse der Gaswerke betrifft, so seien dieselben loszulassen, aber ebenso enorm seien auch die Gaspreise und es sei unerklärlich, warum man die Frage der Gassteuer noch immer nicht zur Erledigung bringen wolle. Schließlich betont Redner, daß wir uns in Bezug auf den Bedarf an Schulausbauten in einem Nothstande befinden und daß er und seine Freunde eifrig daran mitarbeiten wollen, um aus diesem Nothstande herauszukommen.

Stadtv. Löwe: An allen Projekten, welche in dieser Etatsdebatte vorgebracht worden sind, haben sich diejenigen, die schon längere Zeit in der Verwaltung sich befinden, bereits die Zähne ausgebissen. (Sehr richtig!) Wünsche zu äußern ist ja menschlich schön, aber auch nicht schwer und andererseits wieder schwer zu erfüllen. Das bezieht sich namentlich darauf, was der Redner in Bezug auf unsere Einkommensteuer gesagt hat. Es wäre gewiß sehr richtig, wenn die Kommunen ihre Steuern unabhängig vom Staate gestalten könnten, aber es ist eben unausführbar, weil wir uns nicht vom Staatssystem emanzipiren können. Alle dahin gehenden Versuche sind immer wieder gescheitert. Ebenso ist es gewiß richtig, wenn man progressive Einkommensteuer verlangt, aber gewiß ist auch, daß dieser Wunsch that-

sächlich unausführbar ist. Bei dieser Sachlage muß man sich darauf beschränken, unser jetziges Steuersystem auszubauen und dabei allerdings in erster Reihe auf eine möglichst korrekte Einschätzung des Augenmerk richten. Jedermann wird Herrn Jmer zustimmen, daß an der Miethsteuer nicht viel zu reformiren ist und daß es das Beste wäre, die Miethsteuer ganz abzuschaffen. Wenn nun aber die neu eingetretenen Herren aus ihrer Erfahrung schon jetzt gesehen haben, daß es eigentlich unnütz ist, die Synthesarbeit der Miethsteuer-Reform immer von Neuem zu unternehmen, so darf man doch erwarten, daß sie nun nicht immer wieder den älteren Mitgliedern der Versammlung einen Vorwurf daraus machen werden, weil sie mit jener vergeblichen Arbeit noch nicht zu Stande gekommen sind. (Bravo!) Redner berührt sodann die Frage der Erträge der Kieselfelder und die Gassteuer und nimmt die Straßenreinigung vor den Angriffen des Stadtv. Singer in Schutz. Wenn ein Verwaltungszweig keinen Tadel verdiene, so sei es doch gewiß die Straßenreinigung. (Sehr wahr!) Was die Wünsche des Stadtv. Singer auf die Einrichtung von Arbeiterzügen auf den Pferdebahnen betrifft, so könne er mittheilen, daß seitens der Pferdebahndirektion auf einzelnen Strecken versucht worden ist, in dieser Beziehung bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern bezügliche Einrichtungen zu empfehlen, daß dieselbe aber sehr wenig Entgegenkommen bei den Interessenten gefunden hat. Den Bemerkungen des Stadtv. Singer, daß es nicht so ängstlich darauf ankommen könne, gerade den Satz von 100 pSt. Einkommensteuer aufrecht zu erhalten, kann man im Allgemeinen zustimmen, namentlich wenn es gelingen sollte, unsere Ausgaben auf die progressive Einkommensteuer abzuwälzen. Bis dahin aber sollte man in der That danach streben, daß diese Grenze so spät als möglich überschritten wird, denn die Zeit werde immer noch zu früh kommen, wo sich eine solche Ueberschreitung nicht mehr vermeiden läßt. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird hierauf angenommen und die Generaldiskussion ist hiermit erledigt. Die meisten Spezial-etats sind bekanntlich dem Etatsausschusse zur Vorberathung überwiehen worden.

Auch der Normal-Besoldungs-Etat pro 1. April 1885/88 wird diesem Ausschusse überwiesen.

Der Verlängerung der Miethverträge über die Räume des städtischen Gymnasiums, Panstraße 6, bis 1. Oktober 1886, stimmt die Versammlung bei.

Auch mit der Erwerbung der zur Verbreiterung der Schausseestraße vor dem Grundstück Nr. 2 und 3 erforderlichen Fläche von 68 Q.-M., erklärt sich die Versammlung unter der Voraussetzung, daß dieselben sowohl stichfrei als pfandfrei übergeben werden, zu dem Preise von 100 M. für das Quadratmeter, in Summa von 6800 M. einverstanden.

Ebenso wird das Projekt zum Neubau einer Turnhalle auf dem Schulgrundstück Niederwallstraße 6/7 genehmigt.

Die Vorlage wegen Ausführung von Ersaywahlen für die Staatsklassen- und Gemeinde-Einkommensteuer-Reklamations-Kommission überweist die Versammlung dem Ausschusse für die Wahl unbesoldeter Gemeindebeamten.

Schließlich erklärt sich die Versammlung mit Bezug auf die Bestimmungen des Ortstatuts vom 7. bis 19. März 1877 damit einverstanden, daß auch für die im Jahre 1885/86 zu regulirenden Straßen a. der den zur Erstattung Verpflichteten in Rechnung zu stellende Preis des zur ersten Pflasterung verwendeten Materials incl. Arbeitslohn für Hauptstraßen auf 18 M. und für Nebenstraßen auf 11,50 M. pro Qm., b. der Beitrag zur Kosten der Unterhaltung neuer Straßen auf 0,20 M. pro Qm. und Jahr des Abflugskapitals in Betreff der Unterhaltungspflicht auf 0,80 M. pro Qm. festgelegt wird.

Schluß der Sitzung 7 1/2 Uhr. Am Magistrats-Sitzungstische wohnten derselben bei: Kammerer Runge, Stadtschulrath Dr. Bertram und Farkena u., Stadtrath Voigt, Weise, Krause, Stadthagen, Vorhardt, Kochhann u. A.

Lokales.

Mit Bezug auf die vor einigen Tagen gebrachte Notiz, daß ein im Norddistrikt von Berlin wohnender Verbandstschmeister F. des hiesigen Reichsrechtsschulverbandes seit einigen Tagen plötzlich verschwunden sei, auch eine Summe von 600 M. hinter sich gelassen hätte, wird von gut unterrichteter Quelle gemeldet, daß hier in Berlin weder im Norden noch sonstwo ein Verbandstschmeister F. wohnt, daß im Uebrigen alle 23 Bezirksrichter und Bezirkskassierer, welche für den Reichsrechtsschulverband Berlin Gelder in Empfang zu nehmen haben, in Berlin sind und bis auf den heutigen Tag sämtliche bei ihnen eingegangene Beträge abgeliefert haben.

a. In Bezug auf den Tod des Droschkenbesizers Lindeman an der schwarzen Brücke bei der Thierstraße haben

„Er verlangt vom Sherifante,“ bemerkte Raydor, „daß man alle an dem Verbrechen Beteiligten zur Verantwortung ziehe.“

„Sie haben bereits ihre Strafe erlitten,“ bemerkte Camdry; „es bleibt uns in der Sache nichts mehr zu thun.“

„Betheiligt an der Sache waren nur Rowland,“ bemerkte Raydor, „der bald nicht mehr am Leben sein wird; Lord Davis ist gestorben, Garrick im Irrenhause, und wenn er nicht dort gestorben ist, so ist er doch so gut wie todt.“

„Auffällig war mir die Geschichte mit der Karte, die Rowland erzählte,“ meinte Harriers. „Was kann der Lord Davis nur damit bezwecken haben?“

„Vielleicht hat er dadurch nur seinen Sekretär mystifiziren wollen,“ äußerte Camdry; „anders läßt sich die Sache nicht erklären. Es ist ja auch diese Geschichte eine große Lebenssache. Damit ist noch weniger etwas anzufangen, als seinen übrigen Bekenntnissen. Es ist, wie ich sage: das Sherifant kann in dieser Angelegenheit nichts mehr thun, und Rowland hätte sein Herz so gut vor seinem Beichtvater ausschütten können, als vor uns. Die Absolution würde ihm den Tod leichter gemacht haben, als es unser Protokoll kann.“

Ihre Stimmung war in der That eine so gedrückte, daß das vortreffliche Abendessen, für welches Mr. Knox gesorgt hatte, beinahe unberührt blieb. Als die Gesellschaft aus vier Personen wieder am Ramin saß, bot sie einen bei weitem düsteren Anblick, als vorher. Der Einzige, der noch einigermaßen bei Laune war, war Mr. Knox selber. Aber auch er gerieth in arge Mißstimmung, als seine Bekenntnisse ihm durchaus ungenügende, oder gar keine Antwort gaben. Camdry erklärte, daß dies Amtsgeheimnisse seien; Raydor wich mit einigen ganz unverständlichen Antworten aus und Harriers sagte, daß es sich für ihn, einen ersten Beamten in Davistown, nicht schide, über Dinge zu sprechen, die allein die Familie Davis angingen.

Der Vater hatte Recht gehabt, dem Kranken war am nächsten Morgen wohlher. Seine letzte Kur hatte den Erfolg, daß Rowland schon zwei Stunden nachdem er das

Protokoll unterschrieben, seinen Geist aufgab. Sein schwer belastetes Herz schlug nicht mehr, und als Camdry und Raydor sich von Harriers und ihrem Wirth verabschiedeten, da wurde ihnen die Mittheilung, daß Rowland bereits ein todtter Mann sei.

Zweites Kapitel.

Es mußte ein außerordentliches Ereigniß sein, das Fritz Rodenburg heute abhielt, seine gewöhnlichen Krankenvisiten zu machen. Die Stunde, zu welcher er die Krankensäle von Bethesda zu besuchen pflegte, war längst vorüber; er aber hatte noch nicht sein Zimmer verlassen. Das wichtige Ereigniß, das ihn, vielleicht zum ersten Male, von der Erfüllung seiner Pflicht abhielt, war ein Brief seiner Schwester. Er sah am Ramin mit dem langen Schreiben in der Hand, und war so in die Lektüre vertieft, daß er nicht bemerkte, daß das Feuer ausgegangen war, und daß es anfang, unbefähigt fast in dem sonst so behaglich eingerichteten Zimmer zu sein.

Zum dritten Male hatte er bereits den Brief gelesen. Er ließ jetzt das Blatt sinken, stützte den Kopf auf die Armlehne seines Sessels und starrte nachdenkend vor sich hin.

Ein lautes Röcheln an der Thür weckte ihn aus seinem Sinnen. In der Meinung, daß es einer der Krankenschwärtter sei, der ihm eine Meldung zu machen habe, rief er ein mechanisches „Herein“ und blieb, den Rücken nach der Thür gekehrt, sitzen, ohne seine Stellung zu verändern, erwartend, daß ihm irgend eine, die Anstalt betreffende Sache mitgetheilt werde. Der Eingetretene aber sprach nicht.

„Was giebt's?“ fragte Fritz, noch immer seine Stellung nicht verändernd. „Ist's eine Sache von Wichtigkeit? Sonst wünsche ich, nicht gestört zu sein.“

„Es zum Teufel, Junge, ist das die Art, wie man einen alten Freund empfängt?“ ertönte es jetzt von der Thür her.

„Habicht!“ rief jetzt Fritz auffpringend. „Bathe, alter Freund, Du bist's!“

„Ja, ich bin's!“ rief der alte Rimrod, der heute, wie damals, als wir ihn das erste Mal sahen, in seinen Pelz

von Rayensell gekleidet war, die Mähe mit den Pelzklappen auf dem Kopfe.

Fritz eilte auf ihn zu, und der Alte schloß ihn wie einen lieben Sohn, den er nach langer Trennung wieder sah, in seine Arme. Einen Augenblick verklärte die Freude des Wiedersehens sein ehrliches Anlitz, dann aber griff wieder der Ausdruck tiefen Kummers auf demselben Platz.

„Welche Ueberraschung!“ rief Fritz. „Wahrlich Onkel Habicht, ich bin mehr erfreut, als Du vielleicht glaubst über diesen Besuch. Aber warum hast Du gerade zu dieser Jahreszeit und bei diesen Wegen die Reise unternommen?“

„Du fragst noch, Fritz?“ sagte Habicht beinahe vorwurfsvoll. „Hast Du vergessen, daß wir den neunzehnten Dezember schreiben?“

„Das ist mir bekannt, Onkel Habicht; aber was hat der neunzehnte Dezember mit Deinem Besuch zu thun?“

„An dieser Frage sehe ich, daß Du uns auf M'Donuil ganz und gar vergessen hast.“

„Ah jetzt ahne ich, was Dich herführt. . . Die periodische Krankheit des Grafen.“

„Ganz recht; das ist's!“

„Also der Anfall hat sich erneuert?“

„Ganz wie sonst, und wie es scheint, diesmal ganz besonders heftig. . . Fritz, mein Junge, Du mußt wieder hinkommen; Du bist der einzige Arzt, der helfen kann. . . Ich habe es Dir schon gesagt, daß Du unsere einzige Hoffnung bist; auch die Komtesse Agathe ist ganz der Ansicht, daß Du allein helfen kannst, und sie vereinigt ihre Bitten mit der meinigen.“

„Das ist eine sehr traurige Sache, Onkel Habicht. . . Im Grunde genommen kann ich ja gar nichts thun. . . Ich könnte nur einen Versuch machen, wenn ich die Ursache der Krankheit kennen würde, und diese zu ergründen, dazu gehört viel Zeit, mehr Zeit, als ich jetzt bei meinen Pflichten in der Anstalt entbehren kann.“

„Deine Anwesenheit, mein Junge, wirkt schon wohlthuend auf den Grafen. Wir haben es ja damals gesehen.“ (Fortsetzung folgt.)

die Nachforschungen der hiesigen Kriminalpolizei nunmehr ergeben, daß dieser Tod nicht durch ein Verbrechen herbeigeführt, sondern durch das Herunterfallen von der Böschung verursacht worden ist. Ein Droschkenfahrer, welcher in Neu-Hohenschönhausen wohnt, hat sich bei der Kriminalpolizei mit der Anzeige gemeldet, daß er in der Nacht, in welcher Lindenau seinen Tod gefunden, zwischen 3 und 4 Uhr auf seiner Fahrt von Hohenschönhausen nach Berlin die Landsberger Allee entlang zwischen den Buggenhagen'schen Häusern und der schwarzen Brücke einer im Schritt fahrenden leeren Droschke begegnet sei, auf deren Dach ein ältlicher Rutscher saß und die von einem Schimmel gezogen wurde. Er sprach beim Vorüberfahren noch einige Worte mit diesem Rutscher, der in der Richtung nach der schwarzen Brücke weiterfuhr. Diese Beschreibung entspricht zweifellos dem Lindenau'schen Fuhrwerk, und diese Begegnung fand statt, nachdem Lindenau seine Passagiere an einem der Buggenhagen'schen Häuser abgesetzt hatte, und nun auf dem Wege nach seiner Wohnung in der Großen Frankfurterstraße begriffen war. Da Lindenau jene Viehtreiber, welche nach einem der Buggenhagen'schen Häuser fahren wollten, in der Großen Friedrichstraße in der Nacht zwischen 2 bis 3 Uhr aufgenommen hatte, so spricht auch diese Zeit dafür, daß kurz vor der Begegnung des Droschkenfahrers aus Hohenschönhausen, die Fahrt mit den Viehtreibern beendet worden war. Auch sah dieser Rutscher auf dem Wege keine Person, welche den Lindenau verfolgt hätte. Das Pferd des Lindenau, welches schon früher öfter vor in der Nähe vorbeifahrenden Lokomotiven (sich) geworden war, ist höchst wahrscheinlich durch den Pfiff der Lokomotive eines der zur gedachten Zeit auf der in der Nähe befindlichen Verbindungsbahn zahlreich kuffrenden Güterzüge (sich) gemacht worden und hat sich mit der Droschke die Böschung herabgestürzt, wobei Lindenau vom Dach fiel und mehrere Hautabschürfungen erlitt. Er muß sodann sich erheben und noch so viel Kraft befehlen haben, um das wild um sich schlagende Pferd — was durch den rings herum von den Hüfen des Pferdes zerstampften Boden belundet wird — abzusträngen. Hierbei erhielt er von dem von ihm befreiten Pferde einen Hufschlag, welcher ihn zu Boden streckte und wohl seinen Tod herbeiführte. Denn nach dem ärztlichen Ausspruch bei der Untersuchung der Leiche, kann der am Kopfe sichtbare schwere Schlag wohl nur von einem der Hufe des durch den Fall wohl gemordeten Pferdes herrühren.

Ein Hochstapler. Ein junger Mann von distinguirtem Aussehen hat im Laufe der letzten Woche in hiesigen hochgestellten Kreisen Aufmerksamkeit erregt. Derselbe fuhr in einer eleganten Equipage mit Kutscher und Diener in Vorree bei hochgestellten Persönlichkeiten vor und gab als Zeichen seines Besuches dem entgegenkommenden Portier oder Diener seine Visitenkarte ab, auf welcher sich der Name: „Graf Wilhelm von Württemberg“ befand. Auch war an diesen Karten der Name eines hiesigen vornehmen Hotels aufgeschrieben, in welchem der „Graf Wilhelm“ angeblich logirte. Als nun die vom „Grafen Wilhelm“ besuchten Herrschaften diese Artigkeit durch Rückbesuche resp. durch Befragung ihrer Karten erwiderten, da stellte sich heraus, daß in dem angegebenen Hotel der Herr Graf nicht logirte und überhaupt nicht gekannt wurde. Auch hiesige große Geschäfte wurden von dem „Grafen Wilhelm“ besucht, in welchen er kunstgewerbliche Einrichtungsgegenstände für seine in der Poststraße gemietete Wohnung kaufte. Als aber die Handwerker in dieser Wohnung erschienen, um das Ameublement den Bimmern entsprechend anzufertigen, und als die sonst angekauften Gegenstände dahin gebracht wurden, da stellte sich heraus, daß ein Herr, welcher sich als Graf Wilhelm von Württemberg ausgegeben hatte, zwar am Tage zuvor die Wohnung besichtigt und die Abkalt ausgesprochen habe, sie zu mieten, daß aber seitdem der Graf sich nicht wieder habe sehen lassen. Die Gewerbetreibenden, welche vom Grafen Wilhelm durch seine Aufträge beehrt worden, forschten nun nach dem augenblicklichen Aufenthalts desselben, konnten ihn aber nicht ermitteln, und auch bei der Württembergischen Gesandtschaft wußte man nichts von einem Aufenthalt eines Grafen des bezeichneten Namens in Berlin. Auf die davon der hiesigen Kriminalpolizei gemachte Anzeige ermittelte diese den angeblichen Grafen Wilhelm in der Person eines gewissen Vitzl, welcher vor mehreren Jahren als „Graf Vitzl“ mehrere Schwimmbäder hieselbst verübt hatte und sodann als geisteskrank einer hiesigen Irrenanstalt überwiesen worden war. Vor einiger Zeit ist nun Vitzl als völlig geheilt aus der Anstalt zu seinen hier wohnhaften Eltern entlassen worden. Auch erhielt er ein ärztliches Attest, in welchem bekundet wurde, daß Vitzl sich wieder im vollen Besitze der Geisteskräfte befindet, also geistig vollständig gesund sei. Vorgesetzt wurde Vitzl ergriffen und dieser gab an, daß er mit den geschilderten Hochstaplerien nur bezweckt habe, Aufmerksamkeit zu erregen und recht hübsch behandelt zu werden. Soweit bis jetzt festgestellt ist durch dieses Auftreten des Vitzl nur der Equipagen-Verleher geschädigt worden, welchem Vitzl den Mietbetrug für die mehrere Tage lang benutzte Equipage nebst Fahrpersonal schuldet und bei seiner völligen Mittellosigkeit nicht zu zahlen vermag. In Folge dieser Veröffentlichung dürften sich voraussichtlich noch weitere Personen melden, welche gleichfalls von Vitzl geschädigt worden. Da Vitzl bei seiner polizeilichen Vernehmung durchweg den Eindruck eines geistig gefunden Menschen machte, so ist er gestern der Staatsanwaltschaft wegen Betruges vorgeführt worden.

Wegen Sittlichkeitsverbrechen, verübt gegen zwei Anaben im Alter von 5 resp. 13 Jahren, sind gestern zwei Personen zur Untersuchungshaft gebracht worden. Im ersten Falle hatte ein Tischlergehilfe das Verbrechen gegen einen fünfjährigen Anaben verübt, und im anderen Falle hatte ein erblindeter Handelsmann einen ihm als Führer dienenden Anaben von 13 Jahren seit Wochen in schändlicher Weise gemißbraucht.

Bei einem wegen Diebstahls mehrfach vorbestraften Individuum wurden bei dessen gestern erfolgter Festnahme drei Portemonnaies und zwar ein kleines rothledernes mit 30 M. — ein zwanzig- und ein zehnmännig — Inhalt, ein größeres schwarzledernes Deuteporimonnaie, mit 3 Reichsbanknoten, mit 270 M. Inhalt, sowie ein gelbledernes Portemonnaie ohne Inhalt vorgefunden, welche derselbe offenbar gestohlen hat. Die Portemonnaies können bei dem hiesigen Kriminal-Kommissariat, Zimmerstr. 78, rekonstruirt werden. Außerdem hatte der Dieb noch 2 Blumentöpfe und Gewaaren in seinem Besitze, die er wahrscheinlich gestohlen hat.

Ein grober Unfug ist gestern Nachmittag mit dem öffentlichen Feuerwelder am Königsplatz verübt worden. Ein Stroch hatte die Scheibe zertrümmert und die Alarm-Vorrichtung in Bewegung gesetzt, wodurch in wenigen Minuten ein großer Theil der Löschmannschaften an der vermeintlichen Brandstelle erschien. Leider gelang es nicht, den toben Menschen, der bei der Annäherung der Feuerwehr die Flucht ergriff, festzunehmen.

Ein sehr schwerer Unglücksfall trug sich gestern Nachmittag beim Bau der Markthallen am Alexanderplatz zu. Ein im Mittelbau beschäftigter Maurer Klauing hatte bei seiner Arbeit das Unglück sehr zu treten und so aus einer Höhe von 75 Fuß auf den Pflaster zu stürzen. A. der in benachteiligtem Zustande liegen blieb, mußte sofort nach dem Krankenhause in Bethanien geschafft werden, wo so schwere innere Verletzungen konstatiert wurden, daß sein Zustand als ein beinahe hoffnungslos bezeichnet werden mußte. A. hinterläßt eine Frau in sehr bedürftigen Verhältnissen.

Gerichts-Zeitung.

Eine ungewöhnliche, richtungslos abgesehen haben mag, trug sich niemals in einem G.

am Mittwoch zu Wien während der Verhandlung gegen den jugendlichen Raubmörder Jgnaz Nawratil zu. Einer der beiden Opfer — dem achtzehnjährigen Burschen fallen nämlich zwei Mordthaten zu Last — war eine Frau Schinke, und der Gatte der Ermordeten, ein Eisenwarenhändler, gab Auskunft über die Auffindung seiner Frau. Der Zeuge, welcher sich heftig erregt zeigte, mußte sich an die sonst für die Geschworenen bestimmte Bank lehnen, damit er nicht umfiel, und wendete fleißig sein Gesicht ab, um den Mörder seiner Gattin nicht sehen zu müssen. Präsident: Ich finde Ihre Aufregung sehr begreiflich. Sie können sich schon entfernen. Und nun entwickelte sich eine entsetzliche Scene. Herr Schinke wollte, um auch weiter dem Anblicke des Mörders nicht ausgesetzt zu sein, den Saal durch die der Anklagebank gegenüber liegende Thür der Geschworenen verlassen. Ein Saalaufruhr machte ihn jedoch aufmerksamer, daß der Ausgang für die Zeugen auf der anderen Seite sei und geleitet ihn an dem Angellagten vorbei. In diesen Augenblicke konnte der Gatte der Ermordeten seines Schmerzes nicht mehr Herr werden, er stieß einen gräßlichen Schrei aus, der alle Anwesenden erbeben machte und überschüttete den Mörder mit einer Fluth von Schimpfwörtern. „Lump! Mörder! Gauner! Galgenstrick! Du hast mir mein Weib geraubt!“ so rang es sich von den Lippen des Zeugen. Die Beugin Köchin Theresia Urban war gleichfalls von ihrem Siege aufgesprungen, gestikulirte mit den Händen in der Luft und schrie mit gellender Stimme dem Angellagten Verwünschungen zu. Die Wohlthätigkeit dieser Scene hatte wie lähmend auf die Zuhörer gewirkt, Alles saß regungslos da und selbst der Vorhänge hatte noch kein Wort gefunden, um Einhalt zu gebieten. Da ergriff Schinke einen am Ausgange stehenden Sessel und schwang denselben hoch in der Luft, als wollte er ihn dem Mörder an den Kopf schleudern. Nun sprangen zwei Saaldienere hinzu, entwandten dem Zeugen den Sessel und führten den Mann aus dem Saale. Vom Korridor tönte noch wüster Lärm herein, als der Präsident das Wort ergriff: „Der Zeuge hat den dem Gerichtshofe schuldigen Anstand wohl gräßlich verlegt; ich glaube jedoch, daß kein Anlaß vorliegt, gegen denselben auf dem Disziplinarewege einzuschreiten, da ich finde, daß sein Benehmen seiner begreiflichen Aufregtheit zuzuschreiben ist. Ich glaube auch, daß der Herr Staatsanwalt mir zustimmen wird.“ — Staatsanwalt: „Ich stelle keinen Antrag.“ — Präsi.: „Der Zeuge wird es gewiß bereuen, daß er sich an diesem Ort so weit vergangen hat.“ Der Angellagte Nawratil, welcher sich bisher stumpf und theilnahmslos gezeigt hatte, war während der Scene wie vernichtet auf seinem Stuhl sitzen geblieben und brach nun in Weinen aus. Noch lange vermochte sich das Publikum über die vorgefallene Scene nicht zu beruhigen. Der Gerichtshof verurtheilte den Angellagten Jgnaz Nawratil zu zwanzig Jahren schweren Kerkers, verhängt durch einen Freitag monatlich, im Monate Oktober jedes Jahres durch Fasten und hartes Lager am 16. und 25. dieses Monats (dem Datum der beiden Morde). Die Strafe ist die höchste, die dem Gesetze nach dem noch nicht zwanzig Jahre alten Mörder zuerkannt werden konnte. Der Verurtheilte blieb völlig ungerührt und behielt sich die dreitägige Bedenkzeit vor.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Zum Recht auf Arbeit. Ueberall denkt man jetzt an die Ausführung großer öffentlicher Arbeiten, um den zu unheimlicher Größe angewachsenen Nothstand unter den Arbeitern wenigstens etwas zu lindern. In Paris rüht man sich, wie wir neulich erwähnten, eigens zu diesem Zweck zu umfassenden Bauten, für welche man die größte Anleihe fordert, die je eine Stadt verlangt hat. In Spanien eilt man große öffentliche Unternehmungen auszuführen, weil man die Armeen der Arbeitlosen fürchtet; soll es der Beschäftigungslosen doch bereits 40000 allein in Katalonien geben. In England senden die brodlosen Arbeiter Deputationen an die Regierung, um „die sofortige Organisation der Stellenlosen zu Arbeiten von öffentlichem Nutzen zur Errichtung von Arbeiterwohnungen, zur Ausschließung von Oedland u. s. w.“ zu verlangen. Freilich schlimm, daß der Staat immer nur eintritt, um die Sünden der Privatwirtschaft einigermaßen gut zu machen; eine „Organisation der Arbeit“ wird man derartige Forderungen der Verzweiflung nicht nennen wollen. Aber charakteristisch ist es doch, daß man überall dem Staat die Pflicht zuschreibt, seinen Bürgern Arbeit zu gewähren. Selbst liberale Blätter wissen in ihrer Bangigkeit und in ihrer Furcht vor den Folgen eines allgemeinen Nothstandes nichts anderes zu verlangen. So schreibt die Wiener „Neue Freie Presse“, das Organ der liberalen Börsen- und Finanzkreise:

„Angeichts der großen Noth, welche während dieses Winters sowohl in Europa als in Amerika herrscht; angeichts der Hunderttausende von Arbeitern, welche sowohl in den Vereinigten Staaten wie in England, Frankreich, Russland, Deutschland und Oesterreich theils ganz ohne Beschäftigung sind, theils mit beschränkter Arbeitszeit oder unsicherer Stellung sich begnügen müssen; angeichts der in Folge der Geschäftsklode herrschenden Fülle disponiblen Kapitals, des niedrigen Zinsfußes und des hohen Kredit der Staaten, sowie nicht minder auch der sozialen Gefahr halten wir es für an der Zeit, darauf aufmerksam zu machen, daß es ein Gebot der Staatsklugheit und der wirtschaftlichen Einsicht wäre, gegenwärtig öffentliche Arbeiten in größerem Maßstabe als sonst auszuführen zu lassen. Allein da die Staaten des Kontinents heute bereits eine ungewöhnlich große Menge von Aufgaben sich gestellt haben, welche in Großbritannien und Amerika der Privatindustrie überlassen werden; da der Staat damit umgeht, die Eisenbahnen zu übernehmen, da er die Verpflichtung hat, die Regulirung und Korrektion der Flüsse zu besorgen, und da die Verbindung der natürlichen Wasserstraßen Europas immer noch ein stromer Wunsch ist, in welchem wir den Vereinigten Staaten, ja sogar China nachsehen, so wäre es angezeigt, in der nächsten Zeit von Seite der Staaten und Korporationen eine größere Menge solcher Arbeiten auszuführen zu lassen, als gewöhnlich. Eine günstigere Zeit als die gegenwärtige kann es zur Ausführung notwendiger oder bereits beschlossener öffentlicher Unternehmungen nicht geben, weil der Staat und die Korporationen bei der gegenwärtigen Lage des Kapitalmarktes die günstigsten Bedingungen genießen.“

Zur Agrarfrage. Landwirthschaftliche Ueber-Produktion. In den neuesten Berichten des landwirthschaftlichen Departements zu Washington zeigen sich im genauen zahlenmäßigen Ausdruck die Thatfachen, unter deren Druck die gesammte europäische Bodenproduktion im abgelassenen Jahre schwer zu leiden hatte. Die Ausdehnung des Getreidebaues hat, wie in früheren Jahren, weiter rapid zugenommen. Es betrug:

	Die bestellte Fläche Acres	Der Ertrag Millionen Bushel		
1883	1884	1883	1884	
Weizen . . .	68 301 889	69 688 780	1551.0	1795.7
Hafer . . .	38 455 593	39 475 885	421.1	512.8
Hefe . . .	20 324 962	21 300 917	571.3	583.6

Man sieht auf den ersten Blick, daß bei diesen drei, für die amerikanischen Konkurrenz allein wichtigen Cerealien (denn die Vereinigten Staaten produziren jährlich nur 28 bis 29 Millionen Bushel Roggen und 50 Millionen Bushel Gerste, also kaum genug für den eigenen Bedarf) sowohl die bestellten Ackerflächen als die geernteten Mengen im Jahre 1884 wieder bedeutend zugenommen haben. Noch in keinem früheren Jahre haben die Vereinigten Staaten so große Quantitäten Mais produziert, wie im Jahre 1884. Auch die Weizen-Produktion hat sowohl durch günstige Witterungs-

Verhältnisse, als durch die unerhörte Ausdehnung des Weizenbaues auf weitere 3 Millionen Acres einen Höhepunkt erreicht, wie in keinem früheren Jahre und wie in keinem anderen Lande der Welt; die Vereinigten Staaten allein haben nach den oben gegebenen Daten 512.8 Millionen Bushel oder 180 Millionen Hektoliter Weizen geerntet, während man die Produktion aller Länder der Erde nur auf 811 Millionen Hektoliter in der letzten Zeit berechnet. Auch beim Hafer, der allerdings eine minder wichtige Rolle spielt, wiederholt sich die gleiche Erscheinung. — Unter dieser allgemeinen Ueberproduktion und gerade durch diese Ueberproduktion sind aber die Preise stark zurückgegangen. Gerade der Weizenpreis ist im letzten Jahre auf seinen absoluten Tiefpunkt gekommen; der Farmwerth sank von 91 Centis per Bushel im Dezember 1883 auf 65 Centis im Dezember 1884. Das landwirthschaftliche Departement sagt, es habe noch niemals einen solchen Preis verzeichnet, man befindet sich mitten in einer echten Ueberproduktion, die ungeheure Erniedrigung des Marktwertes der Weizenenernte um 25 Millionen Dollars trotz der gleichzeitigen Zunahme der Menge um 91 Millionen Bushel beweist.

Ueber die letzte Sozialengesetzgebung und speziell über den Minister Ruttkamer schreibt die „Deutsche Gemeindezeitung“ des Dr. Stolp:

Würde man das Sozialdemokratengesetz nicht erlassen und selbstverständlich alle Ueberforderungen mit Energie und Strenge verfolgt haben, so säßen Noth und Genossen fest und unerschütterlich in den heimischen Gefängnissen und die gemäßigtere Sozialdemokratie würde in und mit sich selbst sicher schon längst die nötige „Erziehung“ vorgenommen haben, deren sie bedurfte und deren sie mit den meisten übrigen Parteien auch jetzt noch bedarf. Große geistige Bewegungen können nur große Ströme und Gewässer, nur durch eigene Klärung laut und gereinigt werden, und es ist eine ebenso große Verirrung wie Verneinung, dies durch politische Maßnahmen bewerkstelligen zu wollen. Daß der Preussische Minister des Innern weder für die Sozialdemokratie, noch für die Sozialreform ein tieferes Verständniß hat und sich der wichtigsten Frage der inneren Staatspolitik gegenüber nichts weniger als ein „haarspalternder“ Minister zeigt, ergiebt sich auch aus den Auslassungen desselben über das von der sozialdemokratischen Partei eingebrachte „Arbeiterchutzgesetz“. Was bisher als den ersten wirklich und wirksamen Anfang zur Sozialreform seit Jahren bezeichnet haben, was fast Jahrhunderte hindurch bestritten hat, was kürzlich in Berlin und anderen die Mehrzahl der vereinigten Tischlermeister und Gesellen mit aller Kraft anstreben zu wollen öftentlich erklärt haben und wofür auch andere Gewerke sich jetzt fortgesetzt in Bewegung setzen, wofür endlich auch sich Männer wie Tolstoy und Klobertus bereits ausgesprochen haben, das proklamirte der „haarspalternde“ Preussische Minister des Innern als „Utopie“ für „Aedermann“! Und nimmt er denn nicht sogar für sich selbst einen „Minimalarbeitslohn“ in Anspruch? — So die conservative Wochenchrift für Deutsches Gemeinwohl und Staatsverwaltungswesen.

Das deutsche Krankenkassengesetz ist höchst populär. Der Glaube, daß die Idee der Zwangsversicherung allein ausreicht, um die sozialen Gefahren zu seitigen, spukt kaum noch in den Köpfen einiger serviler Professoren und ist von den praktischen Volkswirthern längst verlassen worden. Nicht zehntausend Arbeiter haben bei den letzten Wahlen für den Fürsten Bismarck votirt, trotzdem ihnen die Kranken- und die Unfallversicherung beschieden ist. Die Krankenversicherung ist also aufzufassen als eine theilweise Verbesserung und Regelung der Armenpflege. Für den dem Mangel an Erwerb leidenden Proletariat beschießt keine Kranken-Versicherung. Er wird nach wie vor dem Elend preisgegeben sein. — So die börsen-liberale Wiener „Freie Presse“. Alles ganz richtig. Nur können wir die Frage nicht unterdrücken: Wenn die Liberalen die Krankenversicherung nicht als Sozialreform anerkennen, was sie denn eigentlich für eine Reform? Von „Mangel an Erwerb“, von „Elend“ ist oben ja oft genug die Rede. Wenn die Liberalen vielleicht Elend und Arbeitslosigkeit für die nothwendigen Bestandtheile unserer Gesellschaftsordnung anerkennen, was man überhaupt nicht thun soll?

Vermischtes.

Abhalten von Bodbierfesten. Daß in den gegenwärtigen schweren Zeiten der Humor nicht fehle, dafür hat Herr Amtshauptmann von Glouchau gesorgt. Derselbe hat nämlich einen Ullas an seine Untergebenen gerichtet, folgendes Inhalts: „In neuerer Zeit ist durch die Abhaltung von sogenannten Bodbierfesten eine Unflut aufgetreten, welche durch Böllerei und Rohheit allem Anstande und Sittengefühl widerstreitet. Bei solchen Bodbierfesten sitzen Hundelangen in einem undurchdringlichen Qualm und bei schlechter Luft Leute verschiedener Geschlechter und des verschiedensten Alters zusammen, welche es als ihre Hauptaufgabe betrachten, bei übermäßigem Genuß von schwerem Bier möglichst viel Värm zu machen. Die „Stimmung“ zu erheben, finden musikalische Aufführungen statt und werden zum Abhängen sog. „Bodlieder“ verurtheilt, welche meist von der albernsten und niedrigsten Art sind. Nicht selten kommt es auch unter der aufgereizten Treiben mit allen möglichen Mitteln — unenigentlich Verabreichung gefälschter Rettige, Auslieferung von Brämien für Konsumirung bestimmter, nicht bestimmter Biermengen — gefördert und das Publikum in unerschütterlicher Weise zur Böllerei verlockt. Wenn nun auch die hiesigen Verwaltungsbehörde Bodbierfeste ähnlichen Charakters vorgekommen sind, so will die künftige Amtshauptmannschaft zur Nachachtung für die Wirthe hinweisen, daß ihrer Nachahmung dieses Vorgehen mit den für die Ausübung des Biergewerbes maßgebenden Bestimmungen in § 33, 1 der Gewerbeordnung nicht zu vereinbaren ist, sondern vielmehr gegen die Wirthe, welche sich auf diese Weise einer Förderung und Böllerei schuldig machen, nach § 53 der Gewerbeordnung Verfahren behufs Entziehung ihrer Konzession einzuleiten werde.“ — Das geht ja noch über die bekannte „schäblich-miedelikeit“! Das Beste bei der Sache aber ist, daß der Amtshauptmann einen großen Theil seines Erlasses auf „Sozial-Korrespondenz“ des Herrn Böhmert abgeschrieben hat. Also nicht einmal Original!

Bergiftung durch Schwerspath. Vor einigen Wochen erkrankte eine größere Anzahl von Soldaten in der Garnison Cottbus. Die Aerzte behandelten zunächst auf Zeichnung. Doch ergab sich bald der Fehlbau dieser Broganose. Die Krankheitserscheinung wurde immer heftiger, so daß gegenwärtig 100 Soldaten theilweise im Lazareth, theilweise in der Kaserne krank darniederliegen. Ein Divisionsarzt leitete die Untersuchung, bei der sich nunmehr herausgestellt haben soll, daß die Erkrankungen durch den Genuß von Brot, welches durch große Mengen von Schwerspath verunreinigt war, herbeigeführt worden sind.

Briefkasten der Redaktion.

D. R. 560. Ihre Anfrage läßt sich erst nach Einfluß der organen Urtheil beantworten.
D. W. Sie haften nicht für die vorehelichen Schulden Ihrer Ehefrau.
R. 99. Der Nordmacher hat den Schaden zu repariren.
Der heutigen Nummer liegt für unsere anwesenden Abonnenten die Nummer 11 des „Illustrirten Sonntagblatt“ bei.

Politische Uebersicht.

Die Abstimmung über die Erhöhung des Getreidepreises wird doch eine interessantere werden, als man allgemein vermuthete. Auch im Zentrum giebt es einige Abgeordnete, die gegen die Vollerhöhung stimmen werden, andere wollen sich „drücken“, wie der parlamentarische Ausdruck heißt, wenn jemand aus irgend welchen Gründen weder für noch gegen einen Antrag oder eine Vorlage stimmen will. Der Merkmal der Abgeordneten für Reichensbach-Neurode, Borsch, hat in Folge einer Anfrage aus seinem Wahlkreise die bündige Erklärung abgegeben, daß er gegen die Erhöhung stimmen werde. Das ist das, denn gerade in seinem Kreise wohnen die blutarmen Bauern, welche unter der Vollerhöhung ganz besonders leiden werden.

Einem Bismarckhymnus in Prosa erlassen die Konserativen im vierten Mecklenburgischen Reichstagswahlkreise. Er lautet: „An die Wähler des 4. Wahlkreises! Am 1. Februar tritt Ihr zum Entscheidungskampfe an die Wahl. Es handelt sich darum, ob Ihr den liberalen Kandidaten wählt, der sich zur deutschfreisinnigen Partei des Reichstages erklärt, der Partei, welche die parlamentarische Herrschaft erhebt, die Politik Seiner Majestät des Kaisers und des Fürsten erhebt auf jede Weise verächtigt und bekämpft und ihr die notwendigen Mittel verweigert; oder ob Ihr den konservativen Kandidaten erwählt, der treu zu Kaiser und Reich, zu seinem unverwundlichen Reichsanwalt und dessen Gesamtpolitik steht! Welche Partei ist jetzt: Für Bismarck, gegen die Partei Eugen Dittmer!!! Wer treu zum Reich und seinem Reichsanwalt ist, dem kann die Wahl nicht schwer fallen, er wählt den Reichstagsrat z. D. von Hirschfeld.“ — „Gut gebrüllt, Löwe!“

Auf Grund des Sozialistengesetzes ist die nichtperiodische Druckschrift von Karl Frohne „Die nationale Mission der deutschen Sozialdemokratie“ erschienen.

Belgien.

Der von dem Ministerium eingebrachte obere Landrechtssachsrath hat nach langer Diskussion mit 13 gegen 7 Stimmen den Beschluß gefaßt, die Einführung irgend eines Eingangszolles auf ausländisches Getreide und Lebensmittel als dem Volke und der Landwirtschaft gleich schädlich zu betrachten. Auch in den Abtheilungen der Deputiertenkammer ist die diesem Sinne wenig günstige Stimmung vorhanden.

Frankreich.

Die verlaute, wird die französische Regierung sofort nach Beendigung der Debatte über die Getreidezölle die Erhöhung der Vorlage über das Likörmonopolium auf die Tagesordnung verlangen. Die Regierung wird auch an den Senat die Aufforderung richten, möglichst rasch über die Reform des Abgeordnetenhauses schlüssig zu werden, da diese noch vor den Osterferien von den beiden Kammern und die Vereinfachung der Gesetze vor Ablauf der gesetzlich festgesetzten Frist entschieden werden könne. Bezüglich des Wahls der allgemeinen Wahlen kann die Regierung heute noch keinen Beschluß fassen, da diese Frage nothgedrungen der Reform unterworfen ist.

Von 14 am Oerzplaz arretirten Individuen wurden 7 in ungen Freizeitsstrafen verurtheilt und 7 entlassen.

Großbritannien.

Das London wird der „Rostischen Zeitung“ folgendes Telegramm gesandt: „Eine hier eingetretene Depesche aus Washington befragt, in ganz Neuseeland herrsche heftige Unruhe in Folge der Nachricht, daß Deutschland Samoa annektirt habe. Der englische und amerikanische Konsul hätten Protest eingelegt, die Lage sei sehr ernst.“ „Daily Telegraph“ will ferner wissen, die Annexion sei von einem deutschen Subalternbeamten ohne Ermächtigung der deutschen Regierung vorgenommen worden. — Also immer mehr Verwicklungen.

Soweit eine offizielle Bestätigung vom Tode Gordons in indonesischen Verhältnissen möglich ist, haben die Engländer solche erhalten. Eine Depesche des General Wolsey hat nämlich gemeldet: Von einem Soldaten wurde in der Nähe von am Mittwoch durch die Kolonnen des Generals Carlé genommen. In diesem Briefe theilt der Gouverneur von Berber mit, er habe ein Schreiben des Mahdi erhalten, in welchem dieser anzeigt, daß Chertum am 28. Januar genommen worden und Gordon getödtet sei. Die Dampfer und Boote desselben sind erbeutet worden.

Amerika.

In der Legislatur des Staates Pennsylvanien wurde eine Bill eingebracht, welche die Bestrafung von Verleumdungen behandelt, die Dynamit verkaufen, befördern oder für andere Zwecke gebrauchen; und ferner die Besteuerung der Einkünfte von Beiträgen zu irgend einem dynamischen oder explosiven Zweck. — Das den Inseln ergebene, in New York erscheinende Organ „United Irishman“, veröffentlicht eine von mehreren Freunden D'Orvons Kassa's unterzeichnete Proklamation, welche 10 000 Dollars Demjenigen zusichert, der dem Prinzen von Wales (Sohn der Königin von England) lebt oder lebendig ihnen einliefert.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

48. Sitzung vom 13. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats v. Schelling, von Reichthaler, von Buitlamet u. A.

An Stelle des Abg. Holzmann, welcher sein Amt als Schriftführer niedergelegt hat, wird auf den Antrag des Abg. Wachen Balleström durch Affirmation der Abg. Weger (Jena) ein Schriftführer gewählt.

Es folgt die erste Beratung des von dem Abg. Benzmann eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die Entschädigung für unschuldig verurtheilte und im Wiedererhebungsverfahren freigesprochene Personen aus der Staatskasse.

Abg. Benzmann: Der Gegenstand, den mein Antrag betrifft, hat das Haus bereits mehrfach, ja er hat die gesamte Kulturwelt schon seit Jahrhunderten beschäftigt (Redner giebt einen historischen Rückblick). Deutschland ist in der legislativen Entwicklung dieser Frage hinter den meisten Kulturstaaten zurückgeblieben; es liegt dies theils an der Vorliebe der Deutschen für bloße theoretische Erörterungen, theils an der ablehnenden Haltung des Reichsanwalters und des preussischen Justizministers. Das zunächst die moralische Pflicht des Staates zur Entschädigung unschuldig Verurtheilter und Verhafteter vorhanden ist, wird Niemand bestreiten, zumal in der heutigen Zeit, wo mehr und mehr die Veranschaulichung des Staates gleichsam fixirt wird, solche Personen, die im öffent-

lichen Interesse Nachteile erlitten haben, schadlos zu halten. In dieser Richtung bewegt sich die ganze sozialpolitische Gesetzgebung des Reiches. Auch das „Deutsche Adelsblatt“ hat sich kürzlich ganz in meinem Sinne ausgesprochen, es hat gesagt, es handle sich hier um einen ritterlichen Kampf. Ich hoffe deshalb, die ritterlichen Herren von der Rechten werden meinen Antrag unterstützen. Die von den Beqrern meines Antrages geltend gemachten Gründe sind nicht stichhaltig; die vorhandenen Schwierigkeiten müssen sich überwinden lassen. Wenn die Festsetzung der Entschädigungspflicht dazu beiträgt, unnötige Verhaftungen zu verhüten, so würde das nur ein Gewinn sein; allerdings wird der Richter vorsichtiger werden, wo es sich um Verhaftungen handelt; andererseits wird aber kein Richter so kältevoll denken, um eine nothwendige Verhaftung wegen der eventuellen Entschädigungspflicht des Staates zu unterlassen. Betrügerischen Manipulationen seitens Verurtheilter, die man befürchtet, wenn mein Antrag Gesetz wird, kann man leicht durch geeignete Maßregeln vorbeugen; übrigens kann kein Gesetz ganz vollkommen sein; irgendwelche Umgehungen werden immer vorkommen, aber man muß vor Allem die dringendsten Mängel beseitigen. Daß die Regierung stets erklärt hat, finanzielle Bedenken ständen meinem Antrage nicht entgegen, erfüllt mich mit Genugthuung; denn zur Entschädigung unschuldig Verurtheilter muß die große deutsche Nation Geld übrig haben. Daß sich ein verbrecherisches Gewerbe herausbilden könnte, sich unschuldig verurtheilen zu lassen und dann Entschädigung zu fordern, ist um so weniger zu befürchten, als Betrüger und Spitzbuben durch andere Verbrechen viel bequemere Geld verschaffen können, als auf jenem umständlichen und gefährlichen Wege. Andererseits mehren sich die Fälle, wo Unschuldige zu mehrtägigen Buchhaus- und Gefängnisstrafen verurtheilt werden, fortwährend; seit einem Jahre sind wieder 13 Fälle vorgekommen, nachdem in den beiden vorhergehenden Jahren in 18 solchen Fällen zusammen auf 80 Jahre Freiheitsstrafen erkannt worden war. (Redner bezieht sich noch auf eine Reihe weiterer statistischer Einzelheiten.) Der vorliegende Antrag entspricht noch lange nicht meinen Wünschen; Ich habe, um nur etwas zustande zu bringen, mir die größte Selbstbeschränkung auferlegt. Eigentlich wünsche ich die Entschädigung nicht nur aller unschuldig Verurtheilten, sondern auch aller unschuldig Verhafteten. Mit meinem Antrage stehe ich aber völlig auf dem Boden der Beschlässe der Kommission, die sich in der vorigen Session mit diesen Materien beschäftigt hat. Die Motive, welche für diese Kommissionsbeschlässe maßgebend waren und die in dem Kommissionsberichte niedergelegt sind, mache ich mir sämmtlich zu eigen. Redner erläutert nunmehr eingehend die einzelnen Paragraphen seines Entwurfs und wünscht Plenarberatung desselben.

Staatssekretär v. Schelling: Die Regierung begt ebenso sehr den Wunsch, daß Irrthümer der Strafjustiz nach Möglichkeit an den davon Betroffenen wieder gut gemacht werden. Sie ist auch meines Wissens, wenn sie im einzelnen Falle die Ueberzeugung von der Unschuld erlangt hat, nach Möglichkeit bemüht gewesen, den unschuldig Bestraften eine Entschädigung zu gewähren, soweit es die verfügbaren Mittel zuließen. Das Streben, an Stelle des freien Ermessens feste Rechtsätze zu stellen, ist ja allgemein berechtigt, man wird nur die Rückwirkung einer solchen Einrichtung auf die Strafrechtspflege nicht außer Acht lassen dürfen. Ich fürchte, es werden in dieser Beziehung dem Antrage im Schooße des Bundesrathes Bedenken entgegenstehen. Die Antragsteller gehen aber auch, wie ich glaube, weit über das Ziel hinaus. Im Wiedererhebungsverfahren wird ein Verurtheilter oft freigesprochen werden, weil der Thatbestand durch die Länge der Zeit verunkelt ist, weil Belastungszugungen verstorben oder ausgewandert sind, oder weil der Thatbestand in Gedächtniß der noch vorhandenen Zeugen bis zur Unkenntlichkeit verwischt ist. Es muß also in solchen Fällen eine Freisprechung erfolgen. Folgt denn nun aus der Thatsache, daß der neue Richter zur Ueberzeugung von der Schuld nicht hat gelangen können, daß das frühere Urtheil nach Maßgabe der damaligen Verhandlung ein ungerechtes gewesen ist? Es kann die Freisprechung im Wiedererhebungsverfahren keine Garantie dafür bieten, daß der Freigesprochene auch unschuldig sei. Man läuft also Gefahr, eine Entschädigung auch solchen Verurtheilten zu Theil werden zu lassen, von deren Unschuld die Volkmeinung nicht überzeugt ist, die von ihren nächsten Bekannten nach wie vor für schuldig gehalten werden. Ich habe hier nicht alle Bedenken des Bundesraths erschöpfen wollen, ich bin gar nicht in der Lage, die Motive des Bundesraths irgendwie anzuführen. In der Kommission wird die Regierung auf Wunsch auch statistisches Material vorlegen.

Abg. Verhe: Ich bin mit dem Antrage einverstanden, namentlich auch deswegen, weil er die Forderung der Entschädigung beschränkt auf die unschuldig Verurtheilten. Prinzipiell würde ich allerdings auch eine weitere Ausdehnung der Entschädigung auf die unschuldig erlittene Haft gutgeheißen haben, aber wir alle wissen, daß ein solcher Antrag die Zustimmung der verbländeten Regierungen nicht erlangt haben würde. Trotzdem wird der Antrag in der vorliegenden Form wohl nicht eine Grundlage für die weitere Beratung im Plenum bilden können. Er leidet einmal an formellen Mängeln, die nur von einer Fachkommission zu beseitigen sind. Dann fehlt noch, worauf ich hauptsächlich Gewicht lege, eine Bestimmung über den schlimmsten Fall, wo Jemand unschuldig zum Tode verurtheilt und hingerichtet ist. Derartige traurige Fälle kommen gewiß nicht oft vor, aber so lange die Todesstrafe überhaupt noch in unserem Strafrechtbuche steht, werden sie nicht ganz zu vermeiden sein. Der vorliegende Entwurf will ein Recht der Entschädigung nur für den Verurtheilten selbst feststellen. Von dem österreichischen Abgeordnetenhaus ist die Bestimmung zum Gesetz erhoben, daß in dem Falle, wo Jemand unschuldig hingerichtet ist, die alimentationsberechtigten Angehörigen einen Anspruch auf Entschädigung haben sollen. Ich glaube, daß das Rechtsbewußtsein auf das Tiefste verlegt werden würde, wenn wir nicht in das uns vorgezeichnete Gesetz eine gleiche Bestimmung hineinschreiben wollten. Allerdings wird das eine Aufgabe diffiziler Natur sein. Ich schlage deshalb vor, den Antrag Benzmann an dieselbe Kommission zu verweisen, die bereits mit der Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes, befaßt worden ist.

Abg. Hartmann: Der Abg. Benzmann ist mit dieser Vorlage einen Schritt zurückgegangen, aber ich glaube, daß er damit die Sache, die er vertritt, einen guten Dienst geleistet hat. Allerdings fordert derselbe auch jetzt noch so viel, daß eine große Anzahl von Mitgliedern des Hauses, welche im Prinzip seinem Antrage sympathisch gegenüberstehen, demselben nicht zustimmen können. Was meine Partei betrifft, so wird dieselbe ein gutes Stück Wegs mit dem Abg. Benzmann zusammengehen können, aber nicht bis an das Ziel, welches er sich gesteckt hat. Wir wollen eine Entschädigung eintreten

lassen für diejenigen Verurtheilten, deren Unschuld bei der Wiederaufnahme des Verfahrens sich herausstellt. Wir können aber nicht einer Entschädigung auch für die Nichtschuldigen unsere Zustimmung geben. Man behauptet freilich, und zwar mit Recht, daß unsere Strafprozeßordnung einen Unterschied zwischen unschuldig und nichtschuldig nicht kennt. Aber es ist doch die Frage, ob wir diese Praxis sollen anwenden dürfen, wo es sich nur um formales Recht handelt. Ich glaube, das Rechtsbewußtsein unseres Volkes würde auf das Tiefste verlegt werden, wenn wir eine Entschädigung auch in dem Falle zuerkennen wollten, wo der Gerichtshof das „non liquet“ aussprechen muß. Jedenfalls können wir dem Antrag nicht ohne kommissarische Verathung zustimmen. Der Standpunkt, den wir vertreten, macht viele Änderungen nöthig, die wir im Plenum nicht vollziehen können.

Abg. Rintelen bringt dem Antrage große Sympathie entgegen, der eine Forderung der ausgleichenden Gerechtigkeit erfüllt. Eine Wiederaufnahme des Verfahrens sollte indeß nur dann zugelassen werden, wenn erwiesen wird, daß das frühere Urtheil auf falschen Grundlagen beruht. So lange die Grundlagen nicht angefochten werden, muß das Urtheil als gerecht gelten. Mit Herrn Hartmann bin ich einverstanden, daß eine Entschädigung in den Fällen zu gewähren, wo der Gerichtshof das „non liquet“ aussprechen mußte, das Gerechtigkeitsgefühl unseres Volkes tief verlegen würde. Es ist deshalb zu wünschen, daß der Antrag eine solche Formulierung erhält, aus welcher hervorgeht, daß eine Entschädigung nur dann zu gewähren ist, wenn die Unschuld des Angeklagten erwiesen ist. Eine solche Formulierung wird allerdings Schwierigkeiten bereiten, und deshalb schlage auch ich kommissarische Verathung des Antrages vor.

Abg. Kayser: Die Fähigkeit, mit welcher die verbündeten Regierungen sich hier der Gewährung von Entschädigungen widersetzen, muß auffallen, da sie sich auf anderen Gebieten zur Gewährung von Entschädigungen haben bereit finden lassen. Es ist hier so viel vom Gerechtigkeitsgefühl des Volkes gesprochen worden, die Herren sollten nur einmal hören, wie das Volk über die Handhabung unserer Rechtspflege spricht. Ich halte es einfach für eine Sache der Klugheit, diesem Antrage zuzustimmen. Die Regierung könnte sich damit loskaufen von der Revision unserer Prozeßordnung an Haupt und Gliedern. Man spricht viel davon, daß bessere Garantien geschaffen werden müßten, um Verurtheilungen von Unschuldigen zu verhindern. Ich halte alle Garantien in dieser Richtung für papierenes Juristenrecht, mit dem die Angeklagten nichts anzufangen wissen. Ein großer Theil der Schuld an der jetzigen Rechtslage trifft unsern Richterstand selbst. Von dem ersten Augenblicke an, wo jemand in den Anklagezustand versetzt ist, glaubt der Richter seine Aufgabe darin zu erblicken, alles aufzubieten, was gegen den Angeklagten spricht. Sympathien und Antipathien sollen für den Richter nicht vorhanden sein. Was ist aus dem schönen Grundsatz geworden? Die alten Heldengestalten unseres Richterstandes, Männer, wie Birckmann, sind nicht mehr, sie sind zum Theil aus ihrem Amte entfernt worden, eben um ihrer Grundzüge willen, die sie vertreten haben. Durch den politischen Prozeß ist der Niedergang unserer Rechtspflege gefördert worden. Auch die Bildung der Strafkammern muß in vielen Fällen Bedenken erregen, ist es doch so weit gekommen, daß das Volk gewisse Strafkammern zu bezeichnen muß als solche, von denen immer Verurtheilungen erfolgen. Kommen Sie also uns nicht immer mit der Phrase, daß bessere Garantien zur Verhütung von Verurtheilungen Unschuldiger geschaffen werden müssen, namentlich in dem Augenblicke, wo die verbündeten Regierungen im Begriff sind, unsere Schwurgerichte zu verkommen. Ich behaupte, daß im Volke das Gefühl der Rechtsunsicherheit nicht mehr vorhanden, oder doch so wenigstens verkommen ist. Wie ließe sich anders der Schrecken erklären, von dem jeder in unserem Volke befallen wird, dem eine Ladung vor Gericht zugeht? Was die Reichsregierung diesem Antrage entgegen zu halten weiß, ist lediglich das fiskalische Interesse; man ist auf die Geldmaßnahmen verfallen. Einen solchen Standpunkt könnte ich beim Reichs-Finanzminister begreifen, aber daß auch der Justizminister denselben vertritt, ist bedauerlich. Gegen eine kommissarische Verathung des Antrages stimmen wir, weil derselbe zum dritten Male in der Kommission begraben werden würde. Sie (rechts) sind doch auch sonst nicht so spröde. Ich erinnere Sie nur an die Getreidezölle. Obwohl auch gegen diese schwerwiegenden Bedenken vorlagen, haben Sie es doch in der Ordnung erachtet, diesen Theil der Zollnothelle sofort im Plenum weiter zu berathen. Die Frage, um die es sich bei diesem Antrage handelt, ist schon lange spruchreif, und wir thun gut, dieselbe rasch zu erledigen, da durch den gegenwärtigen Rechtszustand gerade eine große Anzahl kleiner Existenzen ruinirt wird.

Abg. Beiel erklärt sich Namens der nationalliberalen Partei für kommissarische Verathung und hofft, daß aus derselben ein brauchbares Gesetz hervorgehen werde. Er verwarft jedoch die deutschen Richter gegen die unbegründete Inkarnation des Abg. Kayser, als ob sie ihre Urtheile anders als nach bestem Wissen und Gewissen fällten, oder gar, als ob sie die Untersuchungshaft abschließen über die nöthige Dauer hinaus verlängerten.

Abg. v. Graevenitz wünscht, daß die Frage zu einem allseitig befriedigenden Abschluß gelange, und hofft, daß die Kommissionsberatungen dahin führen werden, die vorhandenen Bedenken zu beseitigen.

Abg. v. Raggdinski erklärt sich für die Vorlage und wünscht für dieselbe eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Hartmann nimmt die Richter und Staatsanwälte gegenüber dem Abgeordneten Kayser in Schutz und befreit, daß sie zu rigoros oder gar nach Parteistandpunkten verfahren.

Abg. Kayser weist darauf hin, daß in Blauen im Voigtlande allerdings sehr rigoros verfahren werde. In Fällen, wo man anderwärts wegen bloßer Fahrlässigkeit verurtheilt würde, nimmt man dort Vorlass an, während man anderwärts ansässige Personen nicht in Untersuchungshaft nimmt, nimmt man sie in Blauen in Haft, weil es Sozialdemokraten sind. Herr Hartmann hat freilich selbst keine Erfahrungen auf diesem Gebiete gemacht. (Abgeordneter Hartmann: Jawohl!) Er hat sie aber nicht an seinem eigenen Leibe gemacht. (Weiterkeit.)

Im Schlußwort macht Abg. Benzmann darauf aufmerksam, daß, wenn sein Antrag, wie es wahrscheinlich sei, an eine Kommission gehe, er wahrscheinlich doch nicht mehr erledigt werden würde, und zieht ihn deshalb zurück.

Nachdem jedoch Abg. Kayser den Antrag Benzmann wieder aufgenommen, wird beschlossen, die zweite Verathung im Plenum stattfinden zu lassen.

Hierauf verlagert sich das Haus bis Sonnabend 1 Uhr.

Der Präsident schlägt vor, die zweite Verathung der Soll-

tarifnovelle, soweit sie sich auf die Erhöhung der Getreidezölle bezieht, auf die Tagesordnung zu legen.

Abg. Stolle: Ich bitte, morgen zunächst die vielen dringlichen Anträge zu beraten, welche heute nicht mehr zur Erledigung gekommen sind. Es wird endlich Zeit, daß wir dieselben vornehmen. Es liegt das im Interesse der Arbeiter.

Abg. Richter: Ich bin auf das Neueste überrascht über den Vorschlag des Präsidenten. Niemand von uns hat so etwas erwartet. Nachdem erst vor wenigen Wochen der Reichskanzler uns ganz beiläufig mitgeteilt hatte, Preußen werde die Initiative im Bundesrat bezüglich der Getreidezölle ergreifen, nachdem wir ferner erst seit 8 Tagen im Besitz der umfangreichen Motive der Vorlage sind, nachdem endlich heute von dem Abg. von Schorlemer ein weiterer Antrag zur Vorlage eingegangen ist auf durchgreifende Aenderung der einzelnen Positionen, den wir kaum vor einer halben Stunde bekommen haben, ist es doch ganz beispiellos, daß bei einem so wichtigen Gesetze, mit dem das Land überrascht worden ist (Widerspruch rechts), uns nicht einmal ein paar Tage Zeit gelassen werden sollen zwischen der ersten und zweiten Beratung. Der Reichskanzler hat gestern eine Rede von besonderer Tragweite gehalten, deren stenographischen Bericht wir noch nicht in Händen haben und die notwendig eine Antwort erfordert. Ich bitte Sie, morgen noch nicht diese wichtige Vorlage der ganzen Session zu beraten. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. v. Kardorff: Es ist doch eine wunderbare Fiktion des Abg. Richter, daß durch diese Vollerhebungen, welche das Hauptstichwort für die Wahlen gebildet haben, das Haus überrascht worden sein soll. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben gar keinen Grund, die zweite Beratung der Vorlage noch weiter hinauszuschieben. Es ist schon alles darüber gesagt, was gesagt werden kann. Wenn wir die Beschleunigung wünschen, dann geschieht das lediglich, um bald ein Sperrgesetz erlassen zu können, welches notwendig ist, um das Land vor Massenimporten von Getreide zu bewahren. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Wenn man die Massenimporte von Getreide fürchtet, so begreife ich nicht, wie der Reichskanzler schon am 8. Januar die Erhöhung ankündigen konnte. (Sehr richtig! links.) Diese Ankündigung mußte schon damals, also 24 Tage vor dem Eingang der Vorlage, ein Signal für alle Spekulantent geben, Korn zu importieren. Außerdem gewinnen Sie, wenn Sie morgen schon die zweite Beratung vornehmen, gar nichts in Bezug auf das Sperrgesetz. Wider unsern Willen würden Sie dasselbe nicht vor nächsten Mittwoch erlassen können, und eben dasselbe können Sie erreichen, wenn Sie die zweite Beratung erst am Montag stattfinden lassen. Welchen Sinn hat es also, uns jetzt mit der zweiten Beratung der Getreidezölle zu überfallen? Mir ist kein ähnlicher Fall bekannt, wo man bei einer so wichtigen Vorlage, unmittelbar nach Schluß der ersten Beratung in die zweite eingetreten ist. Dabei liegen noch alle möglichen sonstigen Bedenken vor, z. B., daß man aus der Reihenfolge der Vorlage einen bestimmten Punkt herausgegriffen hat; ferner, daß heute erst neue, wichtige Anträge eingegangen sind. Herr v. Kardorff sagt, es könne nichts Neues mehr gesagt werden. Will er denn seinen Antrag nicht begründen, und ist sein Antrag nichts Neues? Freilich ist ja ein Standpunkt denkbar, wo man sagt: „Wir haben die Majorität; was brauchen wir noch zu reden und Gründe zu sagen? Aber das Land wird es erkennen und würdigen, wenn Sie diesen Standpunkt einnehmen. Es liegt, auch den Grund, daß das Sperrgesetz notwendig sei, mit eingerechnet, nicht der geringste Anlaß vor, die Sache so zu bereilen, wie es hier vorgeschlagen ist. (Beifall links.)

Abg. v. Fischer: Ich kann nicht zugeben, daß der Reichstag durch die Vorlage überrascht worden ist; seit dem Anfang der Wahlbewegung hat man gewußt, daß wir uns hier mit der Erhöhung der Getreidezölle zu beschäftigen haben würden. (Widerspruch links.) Eine entschiedene Mehrheit des deutschen Volkes wartet auf die baldige Lösung der Getreidezollfrage. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Centrum.)

Abg. Stolle: Wenn Sie die Beratung der Getreidezölle vorwegnehmen, schieben Sie unsere das Wohl der Arbeiter betreffenden Anträge auf die lange Bank. Haben Sie wirklich diejenige Freundschaft für die Arbeiter und Handwerker, von der Ihre Lippen stets überfließen, so beraten Sie morgen unsere Anträge.

Abg. v. Kardorff: Ein Sperrgesetz kann erst eingebracht werden, nachdem in zweiter Lesung ein Beschluß gefaßt ist. (Vielfache Zurufe links: Nein!)

Abg. Struckmann: Es ist eigenbümlich, daß, weil ein gewisser Teil des Hauses gegen die Erhöhung der Getreidezölle stimmen wird, er nun auch gar nicht erst noch gehört werden soll. Die in Aussicht gestellten Anträge der „Freien wirtschaftlichen Vereinigung“ sind so weit reichend, daß eine wirkliche Erwägung derselben unbedingt gefordert werden muß. Die Mehrheit für die Erhöhung mag ja feststehen. Aber das kann doch für Sie kein Grund sein, die Minorität vollständig mundtot zu machen. Jedensfalls widerspricht es allem parlamentarischen Brauch.

Abg. v. Kardorff: In der zweiten Lesung eines Gesetzes werden ja auch immerfort Anträge eingebracht, über welche man sich sofort schlüssig zu machen hat. Uebrigens ist die Annahme der Anträge der freien Vereinigung ein Internum der Majorität.

Abg. Richter: Im Jahre 1879 ist ein Sperrgesetz vorgelegt worden, bevor die zweite Lesung stattfand, und auf Grund dieses Sperrgesetzes wurde am 31. Mai die Sperre von Robeisen verhängt, nachdem am 30. Mai in zweiter Lesung die Erhöhung des Robeisenzolles genehmigt worden war. Auf Grund desselben Gesetzes wurde am 3. Juli die Sperre für Petroleum ausgeschrieben, nachdem am selben Tage im Reichstage ein Petroleumzoll beraten worden war. Die Sperre kann also schon am nächsten Mittwoch eintreten. Sie scheinen die Frage gar nicht studiert zu haben. (Lebhafte Oho! rechts.) Sie scheinen garnicht zu wissen, daß diese Eile nötig ist. Wenn alles, wovon in der Wahlbewegung die Rede war, heute oder morgen auf der Tagesordnung erscheinen kann, dann würden wir zu einer eigenbümlichen Art von Parlamentarismus kommen. Im August vorigen Jahres wurde die Absicht einer Erhöhung der Getreidezölle angekündigt. Als darauf eine gewisse Aufregung im Volke entstand, beüllte sich die Regierung, die Absicht abzuleugnen. (Hört! hört! links, Widerspruch rechts.) Herr v. Fischer spricht von einer großen Mehrheit des Volkes, es ist ihm sehr mühsam geworden, ein paar hundert Stimmen bei der Wahl mehr zu bekommen. (Große Heiterkeit links.) Herr von Kardorff nennt die Anträge der freien wirtschaftlichen Vereinigung ein Internum der Majorität; ja ist denn das schon alles mit der Regierung abgemacht? Sind diese Anträge etwa bestellte Arbeit? (Große Unruhe rechts.) Das Schweigen der Regierung läßt allerdings erkennen, daß sie das Gehässige dieser Maßregel garnicht auf sich nehmen will. Von einem Internum der Majorität hat auch Herr Berger 1879 hier gesprochen, und bei den nächsten Wahlen wurde Herr Berger hier nicht mehr gesehen. Uebrigens beantrage ich namentliche Abstimmung.

Abg. Struckmann: Ueber die Regierungsvorlage könnte man sich ja bis morgen schlüssig werden. Wir haben es aber mit einem System neuer Anträge zu thun, zu deren Fertigstellung sie dabei beteiligten Herren ja selbst Wochen lang gebraucht haben.

Abg. v. Schalscha: Wenn wir die Beratung nicht morgen beginnen, so würde sie überhaupt nicht vor Donnerstag nächster Woche abgeschlossen werden können. (Rufe:

Warum nicht?) Nun, wir haben die Fastentage vor uns . . . (Große Heiterkeit links.)

Abg. Richter: Also weil Karneval ist, kann die Verhandlung vor Donnerstag nicht abgeschlossen sein! Das läßt tief blicken (Stürmische Heiterkeit); um sich die Möglichkeit zu erhalten, zum Kölner Karneval abzureisen zu können, fragt eine Anzahl Abgeordneter nicht danach, ob die Broitfrage des Volkes mehr oder minder gründlich erörtert wird. (Große Unruhe und Oho! rechts und im Centrum.) Herr Kollege v. Schalscha. si tacuisses! (Stürmische Heiterkeit links, Murren rechts.)

Abg. Windthorst: Ich bedauere, daß diese Verhandlungen mit einer Leidenschaftlichkeit geführt werden, welche durch die Sache selbst begründet wird. Ich meine, dieselbe ist tief erst (sehr richtig! links), daß wir Anlaß haben, sie ruhig zu erörtern, und nicht durch wechselseitiges Ueberfahren die Angabe von Gründen unmöglich machen. Wenn wir Kornzölle beschließen wollen, so ist es richtig, daß der Handel bald ins Klare kommt, und daß nicht durch allerhand Mittel der Zweck des Gesetzes beeinträchtigt wird. Mit Rücksicht darauf allein ist eine Beschleunigung der Beratung wünschenswert. Man hat auf die Wichtigkeit der Anträge, die ich auch noch nicht kenne (hört, hört! links), hingewiesen. Ich bedauere, daß die Herren dieselben nicht schon gestern eingebracht haben. Trotzdem glaube ich, daß wir die Erörterungen schon morgen beginnen können und die Abstimmung dann am Montag vornehmen. Ich beantrage, die Sitzung morgen um 2 Uhr zu beginnen. Dann werden die Fraktionen auch noch Zeit haben, sich über die Anträge schlüssig zu machen. (Rufe links: Das ist was Rechtes!)

Abg. Richter: Unsere Ueberraschung über die Anträge ist natürlich. Die Gründe, die wir gegen die Beratung der Getreidezölle am vorigen Tage vorgebracht haben, sind durch die Versicherungen des Abg. Windthorst nicht entkräftet. In Bezug auf das Sperrgesetz ist es übrigens gleichgültig, ob wir morgen oder Montag erst in die Beratung eintreten. Der Abg. Windthorst sowohl wie der Abg. von Schalscha haben übrigens zugegeben, daß es sich um eine etwas überreife Beratung handle. Wir konstatieren, daß man über solche Fragen eine etwas überreife Behandlung für angezeigt gefunden hat, sobald wir nicht einmal über Anträge von solcher Tragweite und schlüssig machen können. Wir bitten Sie deshalb, von der morgigen Beratung Abstand zu nehmen. Der Gewinn, der damit erzielt werden soll, ist nicht der Rede wert.

Abg. v. Schalscha: Ich habe nicht von Karnevals-, sondern von Fastentagen gesprochen. Das ist etwas Anderes. Für uns bringen dieselben wichtige kirchliche Pflichten. Wenn die Herren, die sich denselben unterziehen wollen, am Sonnabend fortreisen, so können sie am Montag noch nicht wieder hier sein.

Abg. Richter: Ich glaube als Rheinländer über die Bedeutung der Fastentage genügend unterrichtet zu sein. Wenn Sie Ihrer kirchlichen Pflichten wegen die Beratung schon morgen beginnen wollen, wollen Sie dann dieselbe am Montag wieder unterbrechen? (Rufe aus dem Centrum: Nein!) Nun dann verstehe ich Ihre Bezugnahme auf die kirchlichen Pflichten nicht. Ich sage, der einzige Grund, der mit Recht für die schleunige Beratung geltend gemacht werden kann, wird auch von uns geteilt. Wenn man eine Erhöhung der Kornzölle will, so darf auch der Spekulation nicht Gelegenheit gegeben werden, zu ihrem Vortheile Nutzen aus derselben zu ziehen. Aber das Alles läßt sich erreichen, wenn wir die Beratung erst am Montag beginnen. Für uns ist damit viel erreicht, denn wir können uns mit Ruhe auf die Debatten vorbereiten; und Sie gehen nur zwei Stunden Sitzung Breis. Ich mache mich anheischig, daß, wenn die zweite Beratung erst am Montag erfolgt, von unserer Seite keine Schwierigkeiten dagegen erhoben werden, die dritte Lesung des Sperrgesetzes sofort vorzunehmen.

Abg. Windthorst: Es handelt sich nicht um morgen oder Montag; wenn wir morgen die Beratung nicht anfangen, werden wir erst am Donnerstag mit derselben fertig werden. Da die Abstimmung erst am Montag erfolgen wird, werden die Parteien Zeit genug haben, zu den Anträgen Stellung zu nehmen.

Abg. Frege: Durch unsere Anträge kann Niemand überrascht sein. Dieselben sind nicht nur in unserer, sondern auch in der Freihandelspresse schon vor Wochen besprochen worden.

Abg. Richter: Wenn von Falschung gesprochen wird, muß man nach alt hergebrachter Sitte in erster Zeit ans Vergnügen, an den Kölner Karneval denken.

In namentlicher Abstimmung wird darauf der Vorschlag des Präsidenten mit 148 gegen 129 Stimmen angenommen. Gegen denselben stimmen geschlossen Sozialdemokraten, Volkspartei und Freisinnige; von den Nationalliberalen die Abgg. v. Bernuth, Brünings, Duderus, Bürlin, Duhl, v. Cunn, Gebhard, Göttingen, Groß, Hammacher, Kalle, Kroski, Marquardsen, Meyer (Jena), Müller (Sangerhausen), Rensig, Pfähler, Kömer, Sattler, Seidmann, Struckmann, Veiel, Woermann, Zeig; vom Centrum die Abgg. v. Aken, v. Arnswaldt-Hardenborstel, Diedel, v. Ertorf, Franz, Freigen, Graf Salen, Graf v. Grand-Ru, Hoanen, Heße, Graf v. Hoensbroech, Graf Hompeich, Dr. Lieber, Lucius, Marbe, Menken, Mosler, von Bapuis, Borsch, Mintelen, Rudolphi, v. Scheele, Stöpel, Trimborn, v. Wangenheim, Windthorst.

Für den Vorschlag des Präsidenten stimmen geschlossen die Deutschkonservativen, die Reichspartei und der Rest des Centrums und die Nationalliberalen.

Schluß 5½ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. Getreidezölle.

Abgeordnetenhaus.

19. Sitzung vom 13. Februar 1885, 11 Uhr.

Am Ministerisch: Friedberg, v. Scholz, Raybach und Kommissarien.

Das Haus legt die zweite Beratung des Etats der Justizverwaltung fort.

Bei Kapitel 71 Titel 2 (Unterstaatssekretär) berührt **Abg. Bachem** die im Kreise Bochum vorgekommenen Lustmorde. Es sei von dort bereits eine Petition um Wiedereinführung der Prügelstrafe eingegangen; diese werde nicht die erste ihrer Art sein, denn für bestialische Verbrechen passen nur solche Strafen, die man sonst nur zur Züchtigung von Thieren anwendet. Er wünscht ferner die baldige Belegung der in der Rheinprovinz gegenwärtig vakanten zahlreichen Notariatsstellen.

Unterstaatssekretär v. Nebe-Pflugstädt erwidert, die Regierung beabsichtige keineswegs, diese Notariatsstellen eingehen zu lassen; aber das Notariat sei dort so wenig lukrativ, namentlich wegen der Konkurrenz von Winkelsadvokaten, daß die Neubestellung der Stellen, die auch von der Regierung angestrebt werde, große Schwierigkeiten mache.

Abg. v. Bismarck (Platon) bemerkt bezüglich der Bochumer Petition, daß man doch in solchen Fragen nicht nach dem bloßen Gefühl entscheiden dürfe, sondern tatsächliche Unterlagen für eine etwaige Aenderung der Gesetzgebung beibringen müsse, was seitens des Abg. Bachem nicht geschehen sei.

Abg. Mooren wünscht, daß die Regierung sich des rheinischen Notariats mehr als bisher annehme.

Abg. Ratorp: Ehe man über die Bochumer Petition urtheilen könne, müsse man bestimmtes statistisches Material haben. Für Pflege des religiösen Sinns und einer guten Schulbildung geschehe gerade im Bochumer Bezirk alles nur Mögliche.

Abg. Bachem: Die Verminderung der Sitten bei einem großen Theil der Bevölkerung jenes Bezirks läßt sich nicht ableugnen; das sei aber lediglich die Folge des Kulturkampfes.

Abg. Ratorp: Die Brutalität sei nicht nach den Gesetzen, sondern gerade in den Jahren vor den Raigezeiten am stärksten zu Tage getreten. Nach den Raigezeiten sei es wesentlich besser geworden. (Widerspruch im Centrum.)

Abg. Graf (Eberfeld) verliest einen gegen den **Abg. Ratorp** gerichteten Artikel der ultramontanen „Westfälischen Volkszeitung“, welcher derart den Massenhaß und Parteilichkeit mus der Arbeiter anregt, daß daraus nothwendig eine Verrohung der Sitten entstehen müsse.

Abg. Bachem begreift nicht, wie der verlesene Artikel in Zusammenhang mit den Lustmorden stehe; worauf **Abg. Graf** auf eine weitere Belehrung des Abg. Bachem verzichtet zu wollen erklärt.

Der Titel wird bewilligt.

Bei Kap. 75 (Gefängnisse) äußert

Abg. Cremer sein Bedauern darüber, daß man vielfach beschäftigungslose Maurergesellen und ähnliche Leute als Sperrkategorie benutze; dann könne man natürlich von der Gefängnisverwaltung nicht verlangen, daß sie solchen Gefangenen irgendwelche Vorzüge gewähre. Redner verlangt ferner, daß die Gefängnisarbeit in der Weise eingerichtet wird, daß der freien Arbeit dadurch keine schädliche, ja vernichtende Konkurrenz mehr gemacht werden kann wie bisher. Die Vergebung der Arbeiten in den Gefängnissen müsse an die Zünfter und Berufsvereinigungen, nicht an einzelne Arbeiter erfolgen; diese könnten auch am besten bestimmen, welche Arbeiten der selbst hergestellten werden sollen. Redner bringt dann die Beschwerden von Blumenfabrikanten über die drückende Konkurrenz der Gefängnisarbeit namentlich in Blögen in Sprache.

Geh. Rath Starke erinnert an die Schwierigkeiten, welche für eine passende Beschäftigung, namentlich derjenigen Gefangenen, die nur eine kurze Strafe zu verbüßen haben, vorliegen. Gerade die Blumenbranche habe sich aber für Gefängnisarbeit bewährt, in Rom am Corso, in Paris, ja selbst in Amerika finde man in Blögen angefertigte künstliche Blumen. Gefangene, die in Blögen in dieser Branche zuerst angelehrt wurden, haben nachher ethlichen und reichlichen Erwerb daraus gefunden. Die betreffenden Handarbeiten seien ganz besonders im deutschen Export vertreten. Von einer schädlichen Konkurrenz gegenüber der freien Arbeit sei dabei wenig zu verspüren; vielmehr sei die Blumenfabrikation in Deutschland in fortwährendem Aufschwung begriffen.

Abg. Stern kommt auf die gestern besprochene Sociologie der Reichsregierung wegen anderweitiger Zusammensetzung der Schenkergerichte zurück. Er bestritt, daß der preussische Landtag sich mit diesen Fragen nicht beschäftigen dürfe, derselbe würde sich sonst selbst degradieren. Vielmehr sei die preussische Regierung dem preussischen Landtage verantwortlich und muß wissen, daß sie sich, wenn sie sich im Bundesrat für die Schenkergerichtsreform erkläre, in Widerspruch mit der Freiheit des Landtages lege. Redner bespricht sodann die Frage der Behandlung der Strafgefangenen in den Gefängnissen. Er selbst, der ebenfalls mehrfach Gefängnisstrafen abgedient hat, kann den Behörden nur seine Hochachtung für die Art und Weise, wie sie zu seinem Schutz dabei eingetreten sind, danken. Deshalb sei er gleichwohl im Uebrigen nicht angethan, ja er sei noch schlechter gestellt gewesen wie die übrigen Gefangenen. Das habe in der Natur der Sache gelegen. Er habe auch ein niederdrückendes Gefühl, sich in Gemeinschaft mit Personen zu befinden, die mehr oder weniger Schaden an ihrer Ehre gelitten haben; das Schlimmste sei: später wird man von Allen geduldet, mit denen man zusammen gewesen ist (Heiterkeit); während Redner sag, kamen fast täglich ein Strafgefangener zu seiner Frau und bestellten Grüße von ihm und als er entlassen war, wurde er oft in der Redaktion irgend einem schäbigen Subjekt mit der Frage begrüßt: „Kennen Sie mich nicht, Herr Doktor, wir haben ja zusammen gearbeitet!“ (Heiterkeit.) Das mag ja komisch klingen, ist aber belästigend und beschämend. Man laufe sich dann natürlich von solchen Besuchen immer durch eine kleine Gabe frei. Redner macht schließlich den Vorschlag, zur Abhilfe dieser Uebelstände ein einziges oder mehrere besondere Gefängnisse zu errichten, wo nur diejenigen hineinkommen, denen die Oberstaatsanwaltschaft gestattet hat, sich selbst zu beschäftigen. Da die dann Redakteure, Beamte u. dergleichen unter sich. Bieleicht könne dann auch die Selbstbeschäftigung eingeführt werden. Der Vorschlag verdiene mindestens Beachtung.

Auf eine Anfrage des **Abg. Schmidt** (Stettin) erwidert Justizminister Friedberg, daß gegenüber den Anträgen auf vorläufige Entlassung Strafgefangener auch im vergangenen Jahre seitens der Verwaltung sehr wohlwollend verfahren worden sei, daß man dieses Wohlwollen aber mit der äußersten Vorsicht verbunden und demgemäß die Anträge solcher Straftäter, welche wegen Meineides, gewohnheitsmäßiger Schlägereien u. dgl. verurtheilt waren, abgelehnt habe.

Abg. Kantak kommt auf die gestern vom Justizminister verlesenen protokollarischen Aussagen der gefangenen polnischen Redakteure zurück, denen das Dänenleben angeblich so sehr unangenehm sei. Das Haus habe sich über diese Angaben von dem Minister als „Sprecher“ gekennzeichneten Personen gefreut, offenbar ohne die Umstände in Betracht zu ziehen, unter denen die betreffenden jene Aussagen hätten machen müssen. Uebrigens seien dieselben keineswegs Sprecher, sondern den besten Kreisen der Gesellschaft angehörige Männer. Redner theilt mit dem **Abg. v. Stabinski** die Hoffnung, daß der Minister die vorgebrachten Beschwerden erneuter Prüfung unterziehen werde.

Abg. Pleß (Centrum) unterfällt die Ausführungen des **Abg. Stern**; auch er könne die Mittheilungen desselben aus eigener Erfahrung als durchaus zutreffend bestätigen.

Das Kapitel wird bewilligt.

Bei dem Kapitel 80 „Sonstige Ausgaben“, worin Titel 1 für Umzugs- und Reisekosten verlegter Beamten u. s. w. mit 1320000 Mark ausgeworfen sind, bittet **Abg. Mooren** den Minister, die Verlegung der Richter aus einem Reichsgebiet in das andere, resp. die Liebhaberei für das Durchwandern des Reichsgebietes thunlichst zu beschränken; die Bevölkerung namentlich im Gebiete des rheinischen Rechts leide darunter. Redner beantragt, den Titel an die Budgetkommission zurückzugeben.

Justizminister Friedberg: Ich mache von dem Titel der Verlegung weder aus Liebhaberei noch aus sonst welchen Gründen einen unbilligen Gebrauch, weil ich ein solches Recht gar nicht habe, einen Richter ohne sein Einverständnis verlegen zu können. Der Vorredner ist nur darüber ungehalten, daß ausländische Richter in die Rheinlande versetzt haben. Nun befinden sich in dem Kölner Bezirk 315 Richter, darunter 48 nichtrheinische, die aber im Laufe der Jahre dorthin versetzt worden sind. Andererseits sind aus den rheinischen Richterkreisen selbst Anregungen an mich gelangt, aus dem Gebiete des rheinischen Rechts zu verlegen, wenn jetzt, wo das den rheinischen Juristen ganz fremde Kassen wieder an die Gerichtsbehörden übergeben soll.

Abg. Westerbürg tritt den Ausführungen des **Abg. Mooren** entgegen.

Abg. Kantak nimmt das gestrige Zeugnis der **Abg. v. Nechrig** und **Abg. Platon** für die Berechtigung der Verlegung der polnischen Abgeordneten in Anspruch, daß der Richter die Sprache des Bezirks verstehe, in dem er amtet, und beklagt, daß die Ernennung polnischer Richter von Oberlandesgerichts-Präsidenten u. Kommissari in Posen nach vor fast ganz verhindert werde.

Die **Abg. Bachem** und **v. Heeremarn** plaidiren für den Sinne der Ausführungen des **Abg. Mooren**; **Abg. v. Heeremarn**

Sitten bei...
man hält auch seinerseits dafür, daß die Neigung des Ministers, möglichst viele Richter aus einer Provinz in die andere zu bringen, eine Gefahr in sich birgt. Namentlich die Oberlandesgerichte der einzelnen Provinzen sollten nur oder doch im Wesentlichen aus der Provinz angehörig Richter zusammengesetzt sein.
Das Kapitel wird unter Ablehnung des Antrags Mooren bewilligt, desgl. der Rest des Ordinariums nach unerheblicher Debatte, ebenso das Extraordinarium.
Es folgt die Spezialberatung des Etats der direkten Steuern.
Bei Titel 3 der Einnahme „Einkommensteuer“ bemerkt Abg. v. Schorlemer-Misk: Durch die Verfügung der Behörde wird eine Steuer nicht vom Einkommen, sondern vom Vermögen erhoben, die Steuerschraube wird also noch schärfer angezogen, als der Minister neulich zugeben wollte. Wenn den Bemühungen der Grundbesitzer, sich von ihren Schulden zu befreien, auf diese Weise entgegengehandelt wird, so ist das ein unmoralisches Verfahren. Der Staatsregierung kann dieser Vorwurf nicht direkt gemacht werden, weil sie auf dem Boden des Gesetzes steht; aber auf eine Aenderung dieser Gesetzesvorschriften werden wir durchaus Bedacht zu nehmen haben.
Finanzminister v. Scholz: Die Mitbesteuerung der Amortisationsquoten ist eine Forderung der allerhöchsten Gerechtigkeit; wer seine Schulden von Jahr zu Jahr verringert, wird eben dadurch steuerkräftiger und muß entsprechend höher besteuert werden.
Der Titel wird bewilligt, desgl. die Einnahme aus der Grund- und Gebäudesteuer, der Klassensteuer, der Gewerbesteuer und die übrigen den Charakter direkter Steuern tragenden Einnahmen, ebenso die Ausgabe ohne erhebliche Dis-
kussion.
Beim Etat der Verwaltung der indirekten Steuern bemerkt Abg. v. Liedemann (Bismarck) den Finanzminister, die Erhöhung der ungenügenden Exportbonifikation für Viqueure an wünschlicher Stelle in Anregung zu bringen.
Abg. Barth bittet, die Reklamationen von Militärpflichtigen und Soldaten des stehenden Heeres in Bezug auf die Kompensationsfreiheit zu berücksichtigen.
Abg. Goldschmidt ersucht die Steuerverwaltung um Ermehrung der Postabfertigungsstellen in Berlin; die bestehende einzige derartige Stelle reicht für den Verkehr nicht aus.
Geheimrath v. Pommer-Esche: In Kurzem wird im Lagerhause eine zweite Abfertigungsstelle eingerichtet werden.
Der Etat wird unverändert genehmigt, und die Fortsetzung der Etatberatung um 3/4 Uhr auf Sonnabend 11 Uhr vertagt.

Gerichts-Zeitung.

An die falsche Adresse. Der „Arbeiter“ Paul Friedrich...
Kraus Gensdarm Bertha Emma Otilie Gründer...
In der öffentlichen Versammlung, zu der alle selbstständigen Handwerker und Freunde des Handwerks ohne Unterschied der politischen Parteilichung geladen waren, und die unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Hermann v. Schönerhausen, Amiensstr. 3, am Donnerstag Abend 8 Uhr stattfand, referirte der Kaufmann Herr Adolf Salomon über: Zwangsinnungen oder freie Genossenschaften? Trotz-
dem die Platte eine „besondere Berücksichtigung der neuesten Gesetzesvorläge im Reichstage“ versprochen hatten, streifte der Vortragende die Anträge Ackermann u. Gen., die eine Beschränkung der Gewerbeordnung und auf Einführung von Zwangsinnungen abzielen, kaum, erging sich aber hauptsächlich in Ausführungen über die Geschichte der Innungen, deren unglückliche Langweiligkeit die Geburt der Versammlung auf eine harte Probe stellte. Das ganze lief schließlich auf eine Besprechung der „unsterblichen Verdienste Schulze-Delitzsch's“ hinaus, die „Kraft des Handwerks in Rohstoff- und Produktions-Genossenschaften, in Konsumvereinen und Darlehnsbanken zusammengefaßt zu haben“, wobei der Redner allerdings selber nur den Wuh hatte, die wohlthätigen Wirkungen der beiden vorgenannten Vereinigungen zu behaupten. In der eignen Thätigkeit und in der Heranbildung der Lehrlinge durch vom Staate unterstützte Fachschulen liegt für den Handwerker das Heil der Zukunft. — In der Diskussion machte zunächst der Strumpfwarenfabrikant Herr Bujarski die Ansichten des Referenten durch längere und klarere Darlegung schärfer und sprach sich dafür aus, daß der Staat den, der eine gute handwerksmäßige Bildung genossen habe, beim Militär als Einjährig-Freiwilliger etatsmäßig einstelle, daß aber die Handwerker selber für gute Fachschulen sorgen müßten, die erst späterhin zu Subventionen wären. Der billigeren Produktion des Großkapitals könne das Handwerk nicht die Spitze bieten, es müsse, um dem Geschick des Käufers entgegenzukommen, seinen Erzeugnissen ein solches, künstliches Gepräge verleihen. — Der Reichstagsabgeordnete, Herr Garm, wies demgegenüber darauf hin, daß die Ursachen für die Noth des Handwerks tiefer lägen und nur durch die Gesetzgebung aber nicht im Sinne der reaktio-

nären Zünfter gemildert werden könnten, durch Einführung eines zehnstündigen Maximalarbeitstages, der die Produktion mit der Konsumtion in ein gleichmäßigeres Verhältnis bringen werde, durch die Abschaffung der Konkurrenz der Zunftausarbeit, die für die Bedürfnisse des Staates und der Kommune zu verwenden wäre, und durch eine gewisse Beschränkung der Frauenarbeit, vor Allem der Arbeit der verheirateten Frauen. Nachdem der Redner noch den „Nutzen“ der Arbeiterkolonien Wilhelmshorst und Seyda charakterisirt hatte — in Wilhelmshorst z. B. ruiniere die Korbflechterei, die dort bei einem täglichen Lohnsatz von 0.25 Mk. betrieben werde, diesen blühenden Industriezweig in Rheinland und Westphalen — schloß er mit der Aufforderung an die Handwerker, nicht die Zeit mit der Einrichtung von Zwangsinnungen zu vergeuden, sondern zu versuchen, sich über die politischen Tagesfragen Aufklärung zu verschaffen und dann der Arbeiterpartei sich anzuschließen. Nachdem noch Herr Dr. von Kallstein gegen, Herr Westphal für Zwangs-Innungen, bei denen durchaus nicht die alten verrotteten Systeme wieder angewendet werden sollten, und die nur zu hindern hätten, daß der Handwerker der Knecht des Kaufmanns würde, gesprochen hatten und der Stadtverordneter Herr Langenbucher aus seiner siebenundzwanzigjährigen Thätigkeit als Obermeister einer Innung Ergebnisse mitgetheilt, die ihn nicht für die Zwangs-Innung befehlern könnten, nahm zum Schluß der Reichstags-Abgeordnete für Gotha, Herr Schuhmacher das Wort. Die Handwerkerfrage entspringe dem Bewußtsein, daß eine große Gesellschaftsfrage sich in einer Nothlage befindet und aus der Thatfache, daß aus der Handwerkerkaste eine nach dem andern in die Reihe der Lohnarbeiter hinunterstie, entstehe das Streben nach einer gesetzlichen Regelung. Der Staat habe das Recht und die Pflicht, seiner kräftigsten Stütze, dem Handwerker- und Arbeiterstande, zu helfen, aber man müsse an die Vorschläge zur Abhilfe Kritik anlegen. Die Zwangs-Innungen seien ein Irrgang, vor dem zu warnen wäre und würden nur totale Enttäuschung bringen; nach wenigen Jahren würde man, wenn die Anträge Ackermann angenommen werden einsehen, daß dieses Gesetz ein leerer Buchstabe sei, der dem Handwerk nicht einen Schritt weitergeholfen habe. Als die Innung noch bestanden, habe sich unter ihrer Regide die Großindustrie entwickelt und sie werde den Kleinbetrieb vernichten und in 10 bis 15 Jahren den letzten selbstständigen Handwerker in die Reihen der Arbeiter hinuntergedrückt haben. Deshalb müsse schon heute der Handwerker mit dem Arbeiter Hand in Hand gehen und Gesetze schaffen helfen, die ihn schützen und seine Konsumtionskraft erhöhen. Hätten die Arbeiter höheren Lohn, wie ihn der Normalarbeitstag herbeiführen werde, so bestie: sich auch die Lage des Handwerkers, dessen Kundchaft hauptsächlich aus Arbeiterkreisen stamme. Wollte man reformiren, so schloß der Redner, so reformire man nach vorwärts, nicht in der Vergangenheit, sondern in der Zukunft liege das Heil. (Stürmischer Beifall). — Nachdem der Vorsitzende noch den Anwesenden seinen Dank für ihre musterhaft ruhige Haltung ausgesprochen hatte, schloß er nach 12 Uhr die von 700 bis 800 Personen besuchte Versammlung.

Der Arbeiter-Bezirks-Verein im Osten hielt am Mittwoch, den 11. d. Mts. in Keller's Gesellschaftsalon eine Versammlung ab, in welcher Herr Dr. Angerstein einen Vortrag über „Venedig im Mittelalter“ hielt. Referent führte aus: Bei jedem Menschen kommt die Zeit, wo es ihn hinauszieht, wo er den Wanderstab ergreift, um die Heimathstätte zu verlassen und sein Wissen in fremden Städten und Ländern zu vervollkommen, und dieser Trieb zeigt sich gerade am meisten bei den Deutschen. Auf obiges Thema übergehend, gedachte Referent des gegenwärtigen Verkehrswehens in Venedig, welches, — indem 149 Kanäle die Stadt durchschneidet, nur durch Gondeln bewerkstelligt wird. Er erwähnte der traurigen Lage der dortigen Arbeiter, welche größtentheils durch Noth und Elend gezwungen, in Räumen lebten, welche nicht weniger als der Gesundheit zuträglich seien, da die Bewohner derselben größtentheils jedem Unwetter ausgesetzt seien. Im Weiteren gedachte Redner der Seidenmühlwerke Venedigs, sowie der Pläge und Brücken und hob unter letzteren die unter dem Namen „Seufersbrücke“ bekannte hervor. Reicher Beifall belohnte den Referenten für den interessanten Vortrag. An der Diskussion nahmen die Herren Mitau, Klatow, Kossch und Richter theil. Zu Punkt 3 der Tagesordnung „Verschiedenes“ wurde ein Antrag des Vorstandes, dahin gehend, „die neu ausgenommenen Mitglieder in der darauf folgenden Versammlung zu verlesen“, abgelehnt. Ein weiterer Antrag betr. einer Herrenpartie nach „Tabber's Waldschlößchen“ auf Sonntag, den 15. d. M. am Mittwoch 9 Uhr, wurde angenommen (siehe Inserat). Wegen vorgerückter Zeit wurde die Erledigung des Protokolls auf die nächste Sitzung vertagt und schloß der Vorsitzende die Versammlung 12 Uhr 25 Min. Die nächste Versammlung findet Dienstag, den 3. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Keller's Lokal statt und hält Herr Dr. Heymann einen Vortrag über „Todesstrafe“.

Der Arbeiter-Bezirksverein der Schönhauser Vorstadt hielt am Dienstag im Lokal des Herrn Meister, Schönhauser Allee 161, seine regelmäßige Versammlung ab. Der Vortrag des Herrn Biesländer mußte ausfallen, da dieser Herr am Erscheinen verhindert war. An seiner Stelle übernahm Herr Ballmüller das Referat über das Arbeiterschutzgesetz und motivirte einzelne Forderungen. Ferner sprach er über die Kolonien, von denen er nachwies, daß es nur Handelskolonien seien, von denen der Arbeiter keinen Nutzen oder Vortheil hat. Redner ging sodann auf die Zunftaus-, Frauen- und Kinderarbeit über. Namentlich plaidirte Redner für die Beschränkung der Frauenarbeit, indem er auf die unglücklichen Verhältnisse in Nürnberg hinwies. Es ist nämlich festgestellt, daß daselbst von 100 Kindern 60 sterben, weil in der Spiegelfabrik fast nur Frauen angestellt sind, die natürlich tagtäglich die Quecksilbergase einathmen und in Folge dessen nur kurze Kinder zur Welt bringen. Zum Maximalarbeitstage übergehend, erklärte sich Redner mit der zehnstündigen Arbeitszeit nicht zufrieden, betonte aber, daß das ein großer Schritt zum Guten sei und daß, wenn wir erst die zehnstündige Arbeitszeit haben, wir weiter gehen können. Als zweiter Redner sprach Herr Stadtverordneter Herold über den Normalarbeitstag. Redner meinte, wenn im Reich noch 16 Stunden gearbeitet werden, so können wir nicht 8 Stunden beantragen, es kann ja weniger gearbeitet werden, darüber muß man sich aber einig sein. Redner hielt dann einen längeren Vortrag über die Thätigkeit der Vertretung der Arbeiterpartei in der Stadtverordnetenversammlung, speziell über die Aegle der Obdachlosen. Redner selbst hat sich davon überzeugt, daß es in einem Privat-Hotel doch ganz anders hergeht, wie im Polizei-Hotel in der Friedenstr. wo die Leute auf den Bänken schlafen und früher nicht mal etwas Warmes bekamen, was heute natürlich anders ist, denn der Herr Stadtverordnete Singer hat in dieser Beziehung durchgreifende Wandelung geschaffen. Es müßte aber darauf hingearbeitet werden, daß noch dreimal so viel Stadtverordnete der Arbeiterpartei in die Stadtvertretung hinein kommen, als bisher, um der Wankelmuthigkeit der Herren Fortschrittler entgegen zu treten. Was die Arbeiterschaft von den fortschrittlichen Stadtverordneten zu erwarten hat, das hat man ja gesehen, als die Ausweisung des Stadts. Gwald zur Sprache kam. Niemand von den Herren wollte den Antrag unterschreiben. Schließlich fand sich Herr Schlegel dazu bereit. Nachdem Redner seinen Vortrag geschlossen, gingen 2 Resolutionen ein, welche beide angenommen wurden. 1. Der Arbeiterbezirksverein der Schönhauser Vorstadt möge beschließen, daß die Reichstagsabgeordneten der Arbeiterpartei oder vielmehr der ganze Reichstag voll und ganz für das Arbeiterschutzgesetz ein-
trete. Der 2. lautet: Die Mitglieder des Arbeiterbezirksvereins

der Schönhauser Vorstadt erklären sich mit den Ausführungen des Referenten Herrn Stadtverordneten Herold voll und ganz einverstanden, und sprechen hiermit ihre Zufriedenheit aus über das Vorgehen der Arbeiter-Stadtverordneten, und sie versprechen, mit allen gesetzlichen Mitteln darauf hinzuwirken zu wollen, daß bei der Neuwahl derselben möglichst viele Arbeiter-Stadtverordnete in die Stadtvertretung kommen. Hiermit schloß der Herr Vorsitzende die Versammlung.
In einer öffentlichen Versammlung der Kaufleute referirte am Donnerstag (bei Schultheiß, Neue Jakobstraße 24) Herr Schreiber über „Die Krankenversicherung der jungen Kaufleute und die Bedeutung der nationalen kaufmännischen Kranken- und Sterbelasse, G. S. in Berlin“. Referent, nachdem er darauf hingewiesen, daß die jungen Kaufleute besonders in Berlin wegen der hier üblichen kurzen Kündigungsfristen (von 14, 8 und sogar 1 Tage) sich verpflichtet fühlen müßten, einer freien Hilfskasse beizutreten, da ihnen sonst auch in Berlin das Schicksal bevorstehe, zu angsweise vom Magistrat einer Ortskrankenasse für Kaufleute überwiesen zu werden, hob die Vorträge der vor Kurzem gegründeten nationalen kaufmännischen Kranken- und Sterbelasse hervor: 1. Die Selbstverwaltung, 2. die Freiwilligkeit, 3. den Wegfall der Nothwendigkeit, vorher erst Mitglied eines kaufmännischen Vereins zu werden. — Zur Diskussion nahm zuerst der Vorsitzende Herr Joachimson, das Wort, um darauf hinzuweisen, daß die Krankenunterstützung, welche der kaufmännische Hilfsverein in Berlin seinen Mitgliedern gewähre, als Baarunterstützung nur eine eventuelle, nicht eine solche sei, auf welche dem Mitgliede ein Rechtsanspruch zusteht, und daß der Vorsitzende dieses Vereins, Herr S. Weiß, eine Zwangsasse für besser halte, als eine freie Hilfskasse. Herr Guttmann hob hervor, daß die nationale Kaufmannskasse es dem freien Willen der Mitglieder anheimstelle, sich in der Wohnung oder im Krankenhause behandeln zu lassen, und daß dieselbe auch noch während der Rekonvaleszenz einen Theil des Krankengeldes gebe. Herr Joh. Fischer (aus Wien) erörterte ausführlicher, als es der Referent gethan, die Vortheile der Freiwilligkeit, wies darauf hin, daß es ein Leichtes sein werde, bei den Wählervereinigungen Ermäßigung der Kosten für die Mitglieder der Kasse auszuwirken, und trat dafür ein, daß durch Vorstellungen bei dem Handels- und bei dem Justizministerium dahin gewirkt werde, daß die Bestimmung des Handelsgesetzbuches, welcher zufolge der Principal dem Kommiss bei andauernder Krankheit desselben das Salair 6 Wochen hindurch zu zahlen verpflichtet ist, in Geltung bleibe. Nachdem auch noch verschiedene Herren in eindringlicher Weise den Anschluß an die neugegründete Kasse empfahlen, theilte der Vorsitzende mit, daß die Kassenärzte Dr. Koesel (Wallstraße 26) und Dr. Krüster (Alexanderstr. 1) beauftragt ärztlicher Untersuchung Solcher, die der Kasse beitreten wollen, auch Sonntags von 2-3 Uhr Sprechstunde haben. In Folge eines Antrages, den Herr Dormann stellte, wurden die Anwesenden, die geneigt wären, für die Kasse zu agitiren, aufgefordert, dem Vorstande ihre Adressen zu geben.
Die Zahlstellen der Zentral-Kranken- und Sterbelasse der Drechsler und verwandten Berufsgenossen Deutschlands (G. S. 48) befinden sich Sonnabends von 8-10 Uhr in folgenden Lokalen: N. O., Mascher und 11 Hamburgerstraße, Ecke bei Dümichen. N. O., Gollnow- und Weinstraßen-Ecke, bei Plamberg. D., Andreasstr. 44, bei Wirsing. S. O., Raunungsstraße 78, bei Ehrlich. S. O., Reichenbergstr. 24, bei Schröder. S. W., Mittenwalderstr. 57, bei Schuber. C., Fischerstr. 24, bei Geride. Die im S., alle Jakobstr. 105, belegene Zahlstelle fällt Umstände halber fort, und werden die Kollegen ersucht, in der Zahlstelle C. bei Geride ihre Auflagen entrichten zu wollen.
Die Zentral-Kranken- und Sterbelasse der Tischler u. s. w. (G. S.) Berlin C., Frankfurter Thor-Bezirk, hält Sonntag Vormittag ihre Quartals-Versammlung ab, mit der Tagesordnung: 1) Rechnungslegung vom 4. Quartal 1884. 2) Antrag wegen Theilung der örtlichen Verwaltungsstelle. 3) Entschuldigungsfrage der Ortsbeamten. 4) Verschiedenes. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist recht zahlreiche Erscheinen der Mitglieder notwendig. Das Mitgledersbuch legitimirt. Die Zahlstellen für die örtliche Verwaltungsstelle befinden sich in folgenden Lokalen: Subenerstr. 2 bei Schabrodt; Fruchtstr. 69 bei Dommrid; Gr. Frankfurterstr. 116 bei Kallisch; Langestr. 90 bei Polz; Lichtenbergerstr. 17 bei Beck; Schillingstr. 30a, Ecke der Magasinstr., bei Köpnick; wo Sonnabends von 8 Uhr ab die Beiträge in Empfang und Anmeldungen zur Kasse durch die Beitragsammler entgegengenommen werden. (Siehe Inserat).
Die Zentral-Kranken- und Sterbelasse der Maler macht folgendes bekannt: Hiermit bringen wir statt eines Aufrufes, der den Lesern des „Berliner Volksblattes“ nicht Neues mehr ist, die Nachricht, daß seit dem 23. November v. J. hier eine Filiale der Zentral-Kranken- und Sterbelasse der Maler und verwandten Berufsgenossen Deutschlands (G. S., Nr. 71, Hamburg) besteht. Dieselbe zählt hier in Berlin ca. 1100 Mitglieder. Wir fordern hiermit alle denkfähigen Berufsgenossen auf, sich derselben anzuschließen. Zum Eintritt berechtigt ist jeder Maler, Lackierer, Vergolder, Glaser, Anstreicher u., welcher das 15. Lebensjahr vollendet und das 45. nicht überschritten hat. Die Geschäftsstunden der Kasse sind: Sonntags Vormittags von 9-1 Uhr, Alte Jakobstr. 83 im Lokal; Wochentags von 6-8 Uhr Abends: 1. bei G. Hirt, Hiltshinerstr. 76 IV.; 2. bei A. Spuhr, Mulackstr. 8, Hof links III. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß Dienstag den 24. Februar, Abends 8 Uhr eine Mitglieder-Versammlung in der Alten Jakobstr. 83 bei Beyer stattfindet. Tagesordnung: I. Wahl der Krankenbesucher. II. Statutenberatung. III. Verschiedenes. Wir ersuchen, die Versammlung recht zahlreich besuchen zu wollen.
Den Mitgliedern der Zentral-Kranken- und Sterbelasse der Tischler u. s. w., örtliche Verwaltungsstelle Berlin B. (innere Luisenstadt), hiermit zur Nachricht, daß Sonntag, den 15. Februar, Vormittags 10 Uhr, in Conrad's Salon, Wassertorstraße 68, eine Mitgliederversammlung stattfindet. Tagesordnung: Abrechnung vom IV. Quartal 1884. Wahl eines Beitragsammlers und Schriftführers. Verschiedenes. Das Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist nothwendig. Das Mitgledersbuch muß vorgezeigt werden.
Für die Mitglieder der Zentral-Kranken- und Sterbelasse der Tischler u. s. w. der örtlichen Verwaltungsstelle Berlin C. Halle'sches Thor — findet morgen, Sonntag, den 15. Februar, Vormittags 10 Uhr, Belle Allianzstraße 5, im Lokale des Herrn Rothbader, eine Versammlung statt. Tages-Ordnung: 1. Wahl des Bevollmächtigten, des Kassiers und eines Revisors. 2. Wahl eines Vertrauensarztes. 3. Verschiedenes. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Mitglieder nothwendig. Das Mitgledersbuch legitimirt.
Die zu Mittwoch angekündigte Versammlung des Arbeiter-Bezirks-Vereins der Friedrichsstadt konnte wegen verspäteter polizeilicher Meldung nicht stattfinden, an Stelle derselben wird am Dienstag, den 17. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, in Grätzel's Bierhallen eine Versammlung des Vereins einberufen, in welcher Herr Dr. phil. Heymann einen Vortrag über das Thema: Schule und Haus halten wird. Außer dem Bericht über das abgelaufene Vereinsjahr, Berathung einer Petition, Verschiedenes und Fragelasten. Ausgabe von Vadebilletts zu ermäßigten Preisen. Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste sind stets willkommen. Zugleich bemerken wir, daß die Mitglieder des Vereins sich am Sonntag, den 15. Febr. cr., Abends 6 Uhr, im Vereinslokal (Grätzel's Bierhallen) mit ihren Familien zu einem Glase Bier vereinigen. Zahlreichem Besuch wird entgegen gesehen.

Große öffentliche Versammlung der Maler und Lackierer. Sonntag, den 15. Februar, Vormittags 10 Uhr, in Gradow's Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79. Tagesordnung: 1. Bericht der Delegierten über den Kongress zu Dresden. 2. Wie u. thalten sich die Maler und Lackierer zu dem von den Innungsmeistern in Kraft tretenden Unterstützungsband. 3. Verschiedenes. Um recht zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Der Verein der Parquetbodenleger Berlins hält am Mittwoch, den 16. Februar, Abends 8 Uhr, Wilhelmstr. 105, bei Koths, seine Vereinsversammlung ab. Tages-Ordnung: 1. Vierteljahrs-Abrechnung. 2. Wahl von 3 Revisoren. 3. Bericht der Statuten. 4. Verschiedenes. Die öffentliche Versammlung der Parquetbodenleger Berlins findet nicht am Sonntag, den 15. d. M., sondern am Sonntag, den 22. Febr. statt.

Gewerkschaft der Maschinenbau-Metallarbeiter und verw. Berufsgenossen. Am Montag, den 16. Februar, findet im Wedding-Park, Müllerstr. 178, Abends 8 Uhr, eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über Chemie. Referent Herr Dr. Emil Vester. 2. Bericht der 21er Kommission. 3. Verschiedenes und Fragelasten.

NB. Da eine Versammlung am vorigen Montag nicht stattfinden konnte, so werden alle Mitglieder, namentlich die des Nordens, auf diese Versammlung aufmerksam gemacht.

Eine Versammlung der Tischler findet am Sonntag, Vormittags 10 Uhr, bei Woblbaupt, Mantuffelstr. 9, statt. Referent: G. Künzel. Tagesordnung: Die Arbeitseinstellung der Tischler in letzter Zeit.

Tischlerverein. Kottbusstr. 4a, Abends 8 1/2 Uhr: Vortrag des Herrn Dr. Heymann.

h. Der Fachverein der Tischler hält am Montag, den 16. d. M., Neue Grünstraße 28, eine außerordentliche Generalversammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Erledigung zweier Rechtsch.-u. Anträge. 2. Beschlussfassung über mehrere Anträge aus der letzten Versammlung. 3. Wahl des zweiten Vorsitzenden. 4. Die Verbergsfrage. 5. Abänderung des Statuts. 6. Verschiedenes. Die nächste Vereinsversammlung im Norden Berlins findet am Mittwoch, den 18. d. Mts., in Kurzmann's Salon, Bergstraße 68, statt. Billeit zum Panoptikum und Aquarium sind noch beim Vereinsbibliothekar zu ermäßigten Preisen zu haben.

Der Arbeiter-Bezirksverein der Rosenthaler Vorstadt arrangirt am Sonntag, den 15. Februar, ein gemütliches Beisammensein in der „Neuen Walthalla“, Schönhauser Allee 156, Nachmittags 5 Uhr. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich mit ihrer Familie zu erscheinen. Gäste sehr willkommen.

In der Mitglieder-Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Risten- und Koffermacher Berlins, in welcher Herr Dr. Angerstein in einen wissenschaftlichen Vortrag hielt, kam nach Erledigung der Diskussion und anderer Vereinsfachen der Antrag zur Verabreichung, dass die Versammlung beschließen wolle, den stillen Knopfmachern Berlins 20 Mark aus dem Vereinsfonds zu bewilligen. Dieser Antrag wurde unter allgemeinem Beifall einstimmig angenommen, und zwar wurde statt 20 sogar 30 M. bewilligt.

Allgemeine Buchdrucker-Versammlung Sonntag, den 15. Februar 1885, Vormittags 11 Uhr, im Louisestädischen Konzerthause, Alte Jakobstraße 37. Tagesordnung: 1. Mittheilungen über die Thätigkeit der Kommission. 2. Rassen-Bericht des Kassiers und der Revisions-Kommission. 3. Wahl einer Revisions-Kommission. 4. Antrag auf Remuneration der Kommission.

Beauftragte-Delegirten Versammlung der Schlosser u. Berufsgenossen am Montag, den 16. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Reichert, Neue Grünstraße 32. Tagesordnung: 1. Vorlesen des Protokolls letzter Versammlung. 2. Vorlegung der neuen Geschäftsordnung resp. Genehmigung. 3. Wahl eines Kommissionsmitgliedes sowie zweier Zahlstelleninhaber. 4. Besprechung über die demnächst abzuhaltende Generalversammlung. 5. Verschiedenes. Um das Erscheinen aller Delegirten ersucht die Lohnkommission der Schlosser.

Mitglieder-Versammlung des Bezirksvereins der arbeitenden Bevölkerung des Südwestens Berlins am Montag, den 16. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Nieft's Salon, Kommandantenstr. 71-72. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Krobme über „Erhöhung des Kornzolles“. 2. Verschiedenes. 3. Fragelasten. — Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es erwünscht, recht zahlreich zu erscheinen. Gäste stets willkommen.

Der Fachverein der Möbelpolirer Berlins (für geschweifte Arbeit) hält am Montag, den 16. Februar, eine ordentliche Versammlung im Vereinslokal, Mariannenstraße 31

und 32, mit folgender wichtiger Tagesordnung ab. 1. Juristischer Vortrag (dazu Antrag Rosicatic). 2. Ausführungen über die wichtigsten Punkte der Krankenlosse. 3. Antrag Mierob. 4. Verschiedenes. Fragelasten. Zu gleicher Zeit machen wir sämtliche Polirer auf die Zahlstellen der Orts-Krankenkasse aufmerksam; dieselben befinden sich Mantuffelstraße 27 (Rostig), Andraasstraße 44 (Wißing), Christinenstraße 36 (Garenndt) jeden Sonnabend Abends von 8-10 Uhr.

Verichtigung. Zum Bericht über die Versammlung des Vereins der Berliner Metallarbeiter (in der gestrigen Nummer u. M.) berichtigten wir einen auf Seite 10 des Berichts (u. o.) sieben geliebten sinntestellenden Druckfehler dahin, daß es daselbst statt: „sprach sich rückwärtslos“ heißen soll: „sprach sich rückhaltlos“ u. s. w.

Aufruf an die Metallarbeiter Berlins! Metallarbeiter, die Folgen unetzer Lässigkeit und Nachlässigkeit, der Metallarbeiter-Bewegung gegenüber, zeigen sich jetzt schon recht deutlich. Durch unser lothes Zusammengehen wagen die Fabrikanten nicht nur mit Lohnabzügen an uns heranzutreten, nein, sie bekümmern sich auch schon darum, was wir außerhalb der Fabrik zu thun für gut befinden, wie es uns der Fall in der vergangenen Woche deutlich zeigt. Metallarbeiter, wir fragen Euch, soll es so weiter gehen? Denken wir an die Größe und die Höhe unserer Bewegung im vorigen Jahre! Metallarbeiter, wir richten die Aufforderung an Euch Alle, nicht für Mann an Mann, daß die Kommission die bedrängten Kollegen mit Rath und That unterstützen kann, denn ohne die Unterstützung, einen festen Halt hinter sich zu haben, kann nichts vollbracht werden. Darum, Metallarbeiter, erscheint am Sonntag, den 15. Februar, in möglichst großer Anzahl bei Nieft's Kommandantenstraße 71-72, denn es gilt unser heiligstes Versprechen zu wahren. Die Zahlstellen befinden sich bei Franke (Kassier) und Annenstr. 11, bei Solke (Revis.), Ritterstr. 11, bei letzterem Herrn befindet sich auch der Arbeitsnachweiser. Alle die Bewegung angehenden Vorstände sind an den Vorstehenden W. Groß, Fürstenstr. 11 IV., zu richten. Der Kassier Wöhling wohnt Dionisenstr. 14a IV., NB. Die Tagesordnung lautet: 1. Die Arbeitseinstellung von Gewerkskollegen in der Fabrik von Fabian, und wie verhalten sich die Metallarbeiter zu derselben. 2. Verschiedenes.

Theater.

- Königliches Opernhaus.**
Heute: Die Hochzeit des Figaro.
- Königliches Schauspielhaus.**
Heute: Die Räuber.
- Deutsches Theater.**
Heute: Der Weg zum Herzen.
- Bellealliance-Theater.**
Heute: Der Raub der Sabinerinnen.
- Neues Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.**
Heute: Gasparone.
- Central-Theater:**
Alte Jakobstraße 30. Direktor: Ad. Ernst.
Heute: Der Wälderkönig.
- Residenz-Theater:**
Direktion Anton Anno.
Heute: Die Ehstands-Anwalden. Hierauf: Die Schulleiterin.
- Walthalla-Operetten-Theater:**
Heute: Der Feldprediger.
- Louisestädisches Theater:**
Heute: Madin, oder: Die Wunderlampe.
- Ostend-Theater:**
Heute: Der Prinz von Monte Riasco.
- Wallner-Theater.**
Heute: Die Sorglosen.
- Victoria-Theater.**
Heute: Sulfurina.
- Alhambra-Theater.**
Heute: Die Schule des Lebens.

Arbeitsmarkt.

Junge Mädchen, im Garniren von Sommer-Dollmans, geübt, verlangt Weis, Oberwasserstraße 13. 303
2 Lehrlinginnen f. m. Posamentir- u. Wäsche-Geschäft mit Vergütung verlangt pr. 15. d. M. 274
Siegfried Berger, 65 Alte Jakobstr. 65.

Allen Freunden und Bekannten empfehle meine
Restoration.
Weiss- und Bairisch-Bier à Glas 10 Pf.
Für Abend-Unterhaltung ist auf das Beste gesorgt.
G. Spiekermann,
Rüderstraße 51.

Meinen geehrten Freunden und Bekannten empfehle mein
Schuh- u. Stiefelwaaren-Lager.
Reparaturen schnell und billig.
184 **L. Zaako,** Köstritzer Platz 8.

Allen Freunden und Genossen empfehle meine
Cigarren und Rauch-Tabake.
Lotterie-Loose und Antheile.
181 **H. Meyer,** O. Fruchtstr. 36a.

Keller's
Gesellschafts-Säle
Andraasstraße 21.
Empfehle meinen großen Saal, sowie die kleinen Säle dem geehrten Publikum, besonders Vereinen und Gesellschaften
Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.
Achtungsvoll
250 **Karl Kessler.**
Elegante
Masken-Garderobe
Fr. Panknin
Oranienstraße 178 p. 2. Etage,
Edle Adalbertstr. 270

Ein möbl. Zimmer, pro Monat 6 M. Waldemarstr. 70 bei Gantzer. 302

Masken-Garderobe
Fr. Panknin
Oranienstraße 178 p. 2. Etage,
Edle Adalbertstr. 270
Ein möbl. Zimmer, pro Monat 6 M. Waldemarstr. 70 bei Gantzer. 302

Arb.-Bez.-Ver. der Rosenth. Vorst.
Sonntag, den 15. Februar 1885,
Gemüthl. Beisammensein

in der „Neuen Walthalla“, Schönhauser Allee Nr. 156, Nachmittags 5 Uhr. — Die Mitglieder werden ersucht, mit ihren Familien recht zahlreich zu erscheinen. — Gäste gern gesehen. 293

Eine große öffentliche
Versammlung
der Berliner Fabrik- und Bau-Arbeiter
findet am Sonntag, den 15. Februar, Vormittags 10 Uhr, in der Urania, Wangelstr. 9/10, statt. — Zur Deckung der Unkosten ein Entree nach Belieben.
Eduard Busche, Lausitzerstraße 3.

Den Zentral-Kranken- u. Sterbekassen-
Mitgliedern der Cigarren- und Tabak-
Arbeiter Berlins
machen wir hiermit bekannt, daß die Beiträge jeden Montag von 7-9 Uhr Abends im Lokale des Herrn Hilger, Adalbertstrasse 4, entgegen genommen werden. 285

Arb.-Bez.-Verein f. d. Osten Berlins.
Sonntag, den 15. Februar
Grosse Herrenparthie
nach „Tabbert's Waldschlößchen.“

Versammlungsort in Hofmann's Neue Welt, Frankfurter Allee 127, zweiter Eingang: Vorhagener Weg.
Abmarsch 9 Uhr.
Mitgliedskarte legitimirt, — Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind willkommen.
296 Das Vergnügungs-Comité.
Zur Nachricht! Die nächste Versammlung findet am Dienstag, den 3. März, Andraasstr. 21, statt.

Mitglieder-Versammlung
der Central-Kranken- und Sterbekasse
der Tischler u. anderer gewerbl. Arbeiter.
(Eingeführte Hilfsklasse.)
297

Vertliche Verwaltungsstelle Berlin G., Frankfurter Vorbezirk.
Sonntag, d. 15. Februar, Vorm. 10 Uhr,
im Königsstädtischen Kasino, Gr. Frankfurterstraße 77.
Tagesordnung:
1. Rechnungslegung vom 4. Quartal 1884.
2. Antrag des Herrn Stellmann betreffs Theilung der Verwaltungsstelle.
3. Entschädigungsfrage der Ortsbeamten.
4. Verschiedenes. — Mitgliedsbuch legitimirt.
300 Der Bevollmächtigte.

Wilhelm Pfannkuch
Berlin N., Chausseestrasse 36 u. 37
im Grundstück der Wöhler'schen Maschinenbau-Anstalt.
en gros. **Cigarren- u. Tabak-Handlung** en détail.
Havanna-Import, Cigaretten, Rauch- und Kautabak.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

en gros. **Cigarren- u. Tabak-Handlung** en détail.
Fritz Goercki
Berlin SO., Admiralstraße 40 (frühere „Linde.“)
Import echter Havanna, Lager aller Sorten Rauch- und Schnupftabake.
Reich assortirtes Lager echt türkischer, russischer und amerikanischer Cigaretten und Tabake.
Echt Nordhäuser Kautabak.

Fachverein der Rohrleger.
Sonntag, den 15. Februar, Vormittags 10 Uhr,
Versammlung

im Lokale des Herrn Wolff u. Krüger, Slattierstraße.
T. O.: 1. Protokoll-Vorlesung und Rassenbericht. 2. Vortrag des Herrn Koch über den Gerat-Kongress und seine Beschlüsse. 3. Aufnahme neuer Mitglieder und freie Diskussions-Quittungsbuch legitimirt. — Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden. Der Vorstand.

Gr. Volksversammlung
Sonntag, den 15. Februar 1883,
in „Altermann's Salon“, Dennenwischstraße 13.
Tages-Ordnung:

„Wider die Getreidezölle.“ Referent Stadtbr. Fritz Goerck.
Auf! gegen die Vertheuerung des Brotes.
Um zahlreiche Theilnahme aller Bürger ohne Unterscheid der Partei ersucht

Der Einberufer:
294 Ferdinand Kleinert, Altonaer Platz.

Kranken - Unterstützungs - Bund
der Schneider (L. S.)
Montag, den 16. Februar er. Abends 8 1/2 Uhr,
Grosser Wiener Maskenball

in der Berliner Ressource, früher Kolloffraum,
Kommandantenstraße 57.
Billets à 50 Pf. sind zu haben: Im Bureau Rauerstraße Nr. 86, Herrn Eckelt, Jannowischstraße 1, III, Koch, Annenstr. 11, IV, Lubas, Sebastianstr. 41, II, Restaurant Seefeld, Grenadierstr. 33. Zahlreichen Besuch erwartet
297 Der Lokalvorstand.

Aufruf.
Metallarbeiter!
Sonntag, den 15. Februar, Vormittags 10 Uhr,
Große
General-Versammlung

bei Nieft's, Kommandantenstraße 71/72.
301 Tagesordnung:
1. Die Arbeitseinstellung der Gewerkskollegen in der Fabrik von Fabian, und wie verhalten sich die Metallarbeiter dem gegenüber.
2. Verschiedenes.
Pflicht eines jeden Metallarbeiters ist es, am Plage zu sein.
J. A.: W. Groß.

Ein Kind,
Mädchen, 2 bis 3 Jahre alt, wird als eigen angenommen.
erfragen unter A. B. Postamt Steglitz.